



# Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 24. Januar 2024, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Barbara Heer (SP), Leonie Bolz (SP), Stefan Wittlin (SP), Hanna Bay (SP), Johannes Sieber (GLP)*

## Verhandlungsgegenstände:

- 56. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen, Stellungnahme des RR ..... 2
- 57. Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung ..... 5
- 58. Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende, Schriftliche Beantwortung ..... 6
- 60. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Quartiertreffpunkt im Quartier behalten, Schreiben des RR 8
- 61. Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend grosszügiges «Uusestuehle» langfristig ermöglichen, Schreiben des RR..... 8
- 62. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR..... 10
- 63. Anzug Luca Urgese und Christoph Hochuli betreffend nachhaltige Bekämpfung von illegalen Sprayereien im öffentlichen Raum, Schreiben des RR..... 12
- 64. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Zwischenbericht des RR ..... 16
- 65. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Stellungnahme des RR ..... 16
- 66. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Stellungnahme des RR..... 18
- 67. Interpellation Nr. 136, Beat K. Schaller betreffend das traurige Bestattungswesen von Basel, Schriftliche Beantwortung..... 21
- 68. Interpellation Nr. 138 Eric Weber betreffend Bau-Sicherheit im Grossen Rat, Schriftliche Beantwortung . 21
- 69. Interpellation Nr. 146 Joël Thüring betreffend Grusel-Belag! Wird der millionenteure und bereits verdreckte Belag in der Freien Strasse einfach so akzeptiert?, Schriftliche Beantwortung..... 21
- 70. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Anti-Diskriminierungsmassnahmen zum Thema Betteln, Schreiben des RR..... 22
- 71. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend Strategie gegen Einsamkeit, Schreiben des RR..... 22
- 72. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend ein Gesamtkonzept für die Umgestaltung des Kasernenareals, Stellungnahme des RR ..... 23
- 73. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Frühlingserwachen der "kleinen" Kulturangebote in Zeiten der Unsicherheit, Schreiben des RR ..... 26
- 1. SCHLUSSREDE..... 27



## Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 24. Januar 2024, 15:00 Uhr

### 56. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen, Stellungnahme des RR

[24.01.24 15:00:16, 23.5332.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung beziehungsweise zu meiner letzten Sitzung als Grossratspräsident.

Wir machen weiter mit Traktandum 56. Als Fraktionssprecherin für das GAB hat sich Lea Wirz angemeldet und hat das Wort.

*Lea Wirz (GAB):* Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme dar, dass die Forderung der Motion nach neuem Schulraum ganz ohne Begründung sei. Selbstverständlich ist das nicht der Fall. Zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion beherbergte der Campus nämlich nicht nur 83 Schulklassen, sondern 93 Klassen. Die Tendenz war weiter steigend. Auch das Sportamt priorisierte bereits zu einem früheren Zeitpunkt klar eine Dreifachturnhalle, da auch auf Seiten der Vereine eindeutig Bedarf nach mehr Hallen besteht.

Der Regierungsrat führt aus, dass das Ziel sei, den Nutzen für alle Anspruchsgruppen zu steigern. Dies wird aus unserer Sicht mit der Sanierung nicht erreicht. Die Hallengrössen bleiben unverändert und sind zu klein, die Garderoben und auch die Turnmaterialunterbringung bleiben ebenfalls zu klein. Insbesondere wird mit der Sanierung die Erdbebensicherheit gewährleistet. Von einer Nutzungssteigerung zu reden ist aus unserer Sicht falsch.

Die Annahme, auf die sich die Regierung stützt, dass auf je Schultag 11 Lektionen gelegt werden können, ist fern der schulischen Realität, wenn man mit Stundenplaner\*innen redet. Dies sei zwar auf dem Papier möglich, nicht aber in der Praxis, dort spielen nämlich weitere Parameter wie etwa die Verfügbarkeit der Lehrpersonen oder sinnvolle pädagogische Pensen eine Rolle.

Weiter führt die Regierung aus, dass dem Mangel an Schulraum und Raum für Tagesstrukturen mit temporären Bauten begegnet werde. Dies kann aber jedoch nicht langfristig eine Lösung sein. Wir sehen jedoch an vielen Standorten, dass beispielsweise Container-Bauten zu einer zumindest mittelfristigen Lösung werden. Auch auf dem diskutierten Perimeter dürfte es gemäss Statistiken, auf welche sich die Regierung stützt, den Temporärbau, welcher auf einer Wiese bei der Primarschule Hirzbrunnen steht, nicht mehr geben. Das Gegenteil ist jedoch eingetroffen und nun steht ein weiterer Temporärbau dort. Diese Bauten stehen auf einer Wiese und haben dadurch einen deutlich höheren Fussabdruck als eine neue unterirdische Dreifachturnhalle mit zusätzlich benötigtem oberirdischen Schulraum, auch wenn dieser inklusive Aula gebaut wird.

Die Regierung führt ein Bevölkerungswachstum auf. Auch im Hirzbrunnen soll verdichtet werden und wird verdichtet. Gleichzeitig soll aber der Schulraumbedarf im Hirzbrunnen in Zukunft sinken. Die Vergangenheit zeigt, an zu vielen Schulstandorten in Basel, ich nenne hier Schoren, Walkeweg oder Wasgenring, dass nicht genügend Schulraum geplant wurde. Die Bevölkerung wird selbstverständlich nicht von heute auf morgen wachsen, aber das wird ja auch der Schulraum nicht, deswegen ist hier eine langfristige Planung gefragt.

Auch liegt das selbstverständlich auf der Hand, dass ein Neubau mehr kostet als eine Sanierung. Aus unserer Sicht macht es aber langfristig dennoch Sinn, die alten, zu kleinen Turnhallen mit einer langfristigen nutzer\*innen- und bedarfsgerechten Halle zu ersetzen. Gleichzeitig können die Dauertemporärbauten mit qualitativ besserem Schulraum ersetzt werden und Wiesen wieder zu Wiesen werden. Basel-Stadt muss und soll sich keinen Luxus leisten, aber Basel-Stadt muss und kann sich Qualität für ihre Schulen und für den Sport leisten.

Im Namen des GAB bitte ich Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.



*Alex Ebi (LDP):* Ich stehe hier vorne, es geht um die Schule, es geht um den Sportraum, es geht um die Sportvereine. Wir haben eine Motion eingereicht, wir alle haben eine Motion eingereicht. Es waren viele, die das unterschrieben haben und das ist überwiesen worden. Jetzt ist die Antwort des Regierungsrats gekommen, die mich ein bisschen überrascht hat. Auf der einen Seite habe ich fast zwei Seiten, vielleicht ist das üblich, aber zwei Seiten Antwort bekommen, dass das juristisch nicht standhält. Ein Kollege von mir, der Anwalt ist, hat gesagt, doch, das hält eigentlich schon stand.

Wir haben ja auch einen Auftrag vom BASPO, die Hallen entsprechend so gross zu machen, wie sie gebraucht werden. Dann sind andere Themen gekommen, es seien gar nicht so viele Schulklassen dort. Eltern, Lehrpersonen, Kinder, Schulleiter, alle, die dort an einem der vier Standorte auf dem Campus etwas zu sagen haben und das täglich beobachten, haben gesagt, doch, wir sind gegen 100 Schulklassen auf diesem Campus, aber die Regierung sagt, es sind nur 75 oder 76. Man hat dann auch noch die Kindergärten, die dort hinkommen, aber das können wir jetzt grosszügig überspringen.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Regierung ein Schulhaus vergessen hat, nämlich das Drei Linden-Schulhaus mit 18 Klassen, und das haben auch die Lehrpersonen bestätigt. Ich bin nicht einzeln zählen gegangen, aber das hat mich ein bisschen überrascht. Also es geht gegen hundert, es sind nicht 76. Ich bin dann auch auf die Seite des ED nachlesen gegangen, wie das aussehen könnte und auch dort hat das Drei Linden-Schulhaus 18 Schulklassen und die sind nirgends aufgezählt in der Antwort des Regierungsrats. Ausser ich hätte etwas übersehen, was natürlich auch passieren kann. Dies mal zu den Fakten, es gibt noch vieles zu sagen, ich könnte da noch ewig zählen.

Natürlich kann in einer Excel-Tabelle, wenn man von morgens bis abends jede Stunde einsetzt, das vielleicht irgendwo noch aufgehen, wobei mit dem Drei Linden-Schulhaus geht es dann trotzdem nicht auf. Aber auch das, 11 Stunden reinschreiben mit Kleinstpensen, die man vor 30 Jahren noch nicht hatte bei den Lehrpersonen, heute hat man das öfters, ist es viel schwieriger, da überhaupt die Lehrpersonen einsetzen zu können. Also auch das wird von allen Seiten bestätigt.

Ich weiss auch nicht, warum da so eine Gegenwehr kommt, weil letztendlich geht es ja um etwas Gutes, eine gute Sache. Wir haben im Kanton Basel-Stadt viel zu wenig Platz, um neue Hallen zu bauen. Wir sind ein kleiner Kanton und darum ist es ja ganz offensichtlich, dass, wenn sich einmal eine einmalige Gelegenheit bietet, man dann dort anstatt aus meiner Sicht eine Pinselrenovation macht bei einer Turnhalle, mein Urgrossvater hatte, glaube ich, schon die Urne dort 1957, dass man dort dann die Gelegenheit auch nutzt, um eine Dreifachturnhalle hinzubauen, die dann auch wieder für die nächsten Jahrzehnte hält.

Wie gesagt, ich könnte noch vieles aufzählen, aber ich denke, das reicht einmal für das erste. Ich hoffe einfach, dass Sie die Motion überweisen, und ich freue mich total, wenn dann das nicht zehn Jahre geht, bis man drei, vier Meter Grün umzont, sondern schneller.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Manchmal stehen Leute hier vorne und sagen, es wurde schon alles gesagt. Ich möchte trotzdem etwas sagen, hier ist es so, es wurde noch nicht alles gesagt. Das rechtlich unzulässige hat Thomas Gander heute Morgen angesprochen. Wir haben hier aber eine andere Rolle, wir sind ein Aufsichtsgremium. Wir müssen halt ab und zu hinschauen und als Parlament stellen wir seit Jahren fest, dass in der Schulraumplanung erhebliche Mängel auch bei Schwimm- und Sporthallen besteht.

Es gibt eine Verordnung vom Bundesamt, das hat Alex Ebi gerade gesagt, und da steht acht bis 12 Klassen für eine Halle. Die Sporthallen sollen in der unmittelbaren Nähe sein, nicht dass man also auf die andere Seite der Stadt fahren muss. Es gab 2010, also vor 13 Jahren, einen Allokationsbericht, der als Grundlage sah, dass wir dort auf diesem Campus drei Sporthallen brauchen, also eine Dreifachturnhalle. Dies wurde damals vom Sportamt auch vorgeschlagen.

Alle Schulleitungen des Campus Bäumlhof Gymnasiums, Sek Drei Linden, Hirzbrunnen haben vor zwei Jahren einen Brief ans ED geschrieben, weil sie gemerkt haben, es passt nicht, wir brauchen eine Dreifachturnhalle. Nun eine Frage an Sie, Conradin Cramer, wie ernst nehmen Sie diese Rektoren und Schulleiter, dass Sie das Gefühl haben, was sie sagen, kann nicht stimmen, es braucht bestimmt keine, ihre Rechnungen können nicht stimmen? Wissen Sie es im ED tatsächlich besser? Ich denke, bis eine Schulleitung so einen Brief schreibt, braucht es einiges.

Seit wir, Conradin Cramer, Sie und ich im Bäumlhof waren, hat sich doch einiges verändert. Damals gab es die gleiche Anzahl Turnhallen und damals gab es das Bäumlhof, es gab das Drei Linden nicht, das Hirzbrunnen war noch kleiner, es war nur ein bis vier Schuljahre da. Zudem ist jetzt dazu gekommen, dass die Tagesstruktur Platz braucht, das Drei Linden, wir haben Sportklassen, das gab es zu unserer Zeit leider nicht, ich wäre gerne in einer Sportklasse gewesen, es braucht mehr Kapazitäten.

Das grüne Argument heute Morgen war strategisch geschickt, natürlich versucht man noch die GLP und die Grünen zu gewinnen. Aus meiner Sicht sind die Turnhallen notwendig, weil wir zu wenig Platz haben und viel mehr Schülerinnen und Schüler. Ein Temporärbau, wie es seit Jahren in diesem Kanton Usus ist, ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.



Zudem lässt sich eine neue Turnhalle und ein neuer Schulraum nachhaltig und ökologisch mit Holz und anderem Material bauen.

Zu den Kosten. Conradin Cramer bezifferte heute Morgen die Sanierung auf 9,2 Millionen. Hier kommt immer noch eine Kostenungenauigkeit, das wissen die von der BRK ganz gut, von 20 Prozent leider meistens dazu. Ein Neubau soll nach Aussagen des ED 24 Millionen kosten. Also hier stelle ich mir die Frage, warum wir in Basel so teuer bauen müssen, andere Kantone schaffen das mit 15 Millionen und gemäss dem Bundesamt für Sport müssten die Kosten sogar noch viel tiefer liegen als das.

Zur Zonenplanänderung. An gleicher Stelle steht bereits eine Zweifachhalle. Sollte nun trotzdem eine Zonenplanänderung notwendig sein, dann frage ich mich schon, ob, wenn die Roche einen Antrag stellen würde, das auch zehn Jahre dauern würde. Ich vermute da nicht.

Ich bitte das ED wirklich darum, Conradin Cramer hat es heute Morgen gesagt, wir können ja da nichts machen, wir müssen anhalten, er war da eher pessimistisch, hören Sie unsere Stimme, und wir machen das ja nicht, um Ihnen «zleid läbe», wir machen das aus voller Überzeugung, weil wir einfach Erfahrung jetzt gesammelt haben, und es geht nicht gegen irgendjemanden, sondern für unsere Schulkinder, für den Sport im Kanton, den wir ja eigentlich auch sehr wichtig finden.

Vielen Dank, dass wir alle diese Motionen ein zweites Mal überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort und hat es.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Vielen Dank für die engagierten Voten. Meine Ratlosigkeit ist jetzt leider nicht viel kleiner geworden als beim Eingangsvotum. Der Regierungsrat hat nach bestem Wissen und Gewissen versucht, innerhalb der drei Monate diese Motion so zu beantworten, Ihnen die Daten zu liefern, damit Sie einen informierten Entscheid treffen können. Ich kann Ihnen nur sagen, die Daten stimmen. Ich habe gerüchteweise gehört, dass es offenbar Leute gibt, die behaupten, wir hätten da ein Schulhaus vergessen, obwohl wir es angeben. Ich habe das jetzt extra nochmals nachprüfen lassen bei den Leuten der Schulraumplanung und sie sagen mir, nein, diese Zahlen stimmen und ich meine, ich glaube meinen Leuten. Es ist an Ihnen, ob Sie uns da glauben wollen oder irgendwelchen Gerüchten Gehör schenken wollen. Es wäre ja ein, ich sage jetzt mal, doch recht grobes Vergehen, wenn der Regierungsrat Ihnen einfach falsche Zahlen liefern würde. Das ist, glaube ich, nicht der Fall.

Das ändert nichts daran, dass die Pensenlegung selbstverständlich anspruchsvoll ist. Das ist nicht lustig. Sie müssen da unglaublich viel koordinieren und es geht nicht immer so auf, wie man es will. Das ist der Fall, wenn man eine Auslastung hat von 80 Prozent bei einer Turnhalle, das ist relativ viel. Aber die Idee einer Turnhalle ist halt schon, dass sie ausgelastet ist, auch mal zu 80 Prozent, und dann gleich zu fordern, es ist zu wenig und es braucht jetzt zwingend noch eine weitere Turnhalle für die Schulnutzung, das scheint mir einfach zu steil zu sein.

Ich habe seitens der Sozialdemokratischen Fraktion und seitens der Grünen jetzt kein einziges Argument gehört gegenüber der grauen Energie. Ich finde, man kann das nicht einfach abtun. Also ich finde schon, Sie müssen sich dazu verhalten. Wir haben ambitionierte Klimaziele und wenn wir dann beim ersten konkreten Beispiel sagen, ein funktionierendes Gebäude, das ist uns nicht mehr gut genug, das ist uns jetzt irgendwie zu klein, wir wollen jetzt eine Dreifachturnhalle, das abreißen und was Neues bauen, dann ist das schon eine starke Aussage auch bezüglich des ökologischen Gewissens dieses Kantons.

Dann habe ich den Fraktionssprecher der SP, Thomas Gander, gehört. Er hat starke sportpolitische Argumente gebracht, die mir natürlich aus dem Herzen sprechen als Sportdirektor. Ich hätte gerne überall im Kanton Dreifachturnhallen, möglichst neue. Ich würde auch alles abreißen, aber das ist ein Interesse von vielen. Die Sportler und die Nutzung durch die Sportverbände ist ein wichtiges Interesse, aber daneben stehen die Interessen der Schulnutzung, stehen die ökologischen Aspekte und die ökonomischen, einfach die Frage, was es kostet.

Und hier in der Interessenabwägung, und, Sasha Mazzotti, Sie haben da immer das ED angesprochen, ich weiss, dass Sie das auch gerne tun, aber das sind ja Zahlen des Bau- und Verkehrsdepartements, die müssen Sie dort anfechten. Ich glaube diesen Zahlen, wir haben auch gesagt, die Kostengenauigkeit bei dem Neubauprojekt ist 25 Millionen plus/minus 25 Prozent, das ist nicht sehr genau. Das Projekt jetzt, das ist schon genauer, also da ist die Abweichung nicht mehr so gross. Die Kostendifferenz ist selbstständig immens, das kann man nicht wegdiskutieren.

Und der Regierungsrat in der Interessenabwägung kommt klar zum Schluss, dass jetzt ein Vollstopp in dieser Planung mit einem ungewissen Ausgang, mit einer Umzonung, mit deutlich schlechterer Ökobilanz, mit teureren Bauten angesichts der Schülerzahlentwicklung, die wir prognostizieren, auch hier habe ich gehört, dass alles ganz anders sei, ja, ich kann nur auf das statistische Amt mich da verlassen, das übrigens auch in einem anderen Departement ist, im Präsidentsdepartement, also das Teamwork hier von Verwaltung und Regierung kommt klar zum Schluss, nein, es ist nicht angemessen, diese Halle jetzt



abzureissen, niederzureissen und dort etwas Neues zu planen. Es ist zu teuer, es ist ökologisch nicht sinnvoll und wir haben keinen ausgewiesenen Bedarf dort.

Selbstverständlich wäre es schöner, eine Dreifachturnhalle zu haben. Es wäre bequemer, angenehmer für die Pensenlegerinnen und Pensenleger, es wäre ein zusätzliches Angebot für die Sportvereine, das wäre toll, aber am Ende ist es eine Interessenabwägung und die fällt jetzt aus Sicht des Regierungsrates hier klar aus und deshalb bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Tonja Zürcher (GAB):* Die graue Energie, die interessiert mich natürlich sehr. Es freut mich sehr, dass jetzt der Regierungsrat diesen Punkt, wenn es ihm entspricht und zu seinem Thema, zu seinem Ziel passt, die graue Energie bringt. Mich würde wundernehmen, wie das sonst so ist, zum Beispiel beim Autobahnausbau mit dem Rheintunnel. Da geht es um eine Million Tonnen CO<sub>2</sub>, ist es da auch ein Thema?

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ja, es ist immer ein Thema, es fliesst immer in die Interessenabwägung ein.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002669, 24.01.24 15:19:35]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 80 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

### **57. Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung**

[24.01.24 15:19:45, 23.5608.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meine Interpellation. Es gab verschiedene Ereignisse, die mich zu dieser Interpellation bewogen haben. An der Universität gab es antisemitische Vorfälle oder mutmasslich antisemitische Vorfälle, an der FHNW, an den Schulen und auch an vom Kanton mitfinanzierten Institutionen.



Die Antworten des Regierungsrates haben eine unterschiedliche Flughöhe, würde ich einmal behaupten. In Bezug auf die Schulen sind aus meiner Sicht die Antworten sehr umfassend und vollständig, in Bezug auf die Kunsthalle sind die Antworten ernüchternd bis sehr unbefriedigend, weil weiterhin aus meiner Sicht diesem antisemitischen Vorfall zu wenig Beachtung geschenkt wird. Das ist allenfalls aber weniger in der Verantwortung des Vorstehers des Erziehungsdepartements, der diese Interpellation beantwortet hat, aber nichtsdestotrotz bin ich da in diesem Bereich doch sehr unzufrieden.

Und dann in Bezug auf die Universität und auch die FHNW, ich hätte mir schon gewünscht, dass die FHNW, das wird in der Beantwortung der Interpellation nun verneint, gegen diesen Aushang eines Plakats oder eines Transparentes, das man als klar antisemitisch einstufen muss, eine Strafanzeige einreicht. Dies wurde unterlassen. Hier appelliere ich doch noch einmal auch an die Verantwortung bei der FHNW, dass man solche Vorfälle ernst nimmt und auch reagiert, indem man eben Strafanzeigen dann auch stellt. Und bei der Universität ist es ein wenig schwieriger. Wir haben alle in den Zeitungen über diese schrecklichen Theorien von Vertreterinnen und Vertretern des Fachbereichs Urban Studies gehört, dass Israelis Wildschweine aussetzen würden, um Palästinenser damit zu schädigen. Das ist krass antisemitisch und hier ist es schon sehr erstaunlich, dass das an einer Universität, wie der in Basel, überhaupt möglich ist.

Und leider muss ich feststellen, das würde mir erst im Nachgang zu meiner Interpellation möglich, und da ist nun auch mein Appell an Regierungsrat Conradin Cramer, gehen Sie, auch wenn jetzt diese Untersuchung bald abgeschlossen wird, wirklich da über die Bücher. Wenn Sie einmal die Social Media-Plattform dieses Fachbereichs Urban Studies genauer anschauen, werden Sie feststellen, dass bereits im Jahr 2021 auf der offiziellen Seite des Fachbereichs für Veranstaltungen geworben wurde, die das Existenzrecht Israel aberkennen wollen mit dem klassisch antisemitischen Aufruf «From the River to the Sea, Palestine will be free».

Auf der gleichen Ebene sind Lehrbeauftragte am Fachbereich Urban Status, die nach dem Angriff am 7. Oktober auf ihrem eigenen Facebook- oder Instagram-Profil Videos gepostet haben, wie die palästinensische Terrororganisation Hamas über die Grenze schreitet. Das wird dann von einer Professorin, die einen Lehrauftrag an der Uni Basel hat, mit dem englischen Satz kommentiert: «Can't stop watching this», also ich kann nicht aufhören, mir das anzuschauen, was eine klare Glorifizierung eines Angriffs einer Terrororganisation auf einen Staat ist.

Und was speziell überraschend ist, dass auf diese besagte Dissertation zu den Wildschweinen, die als biologische Waffe Israels gegen Palästina eingesetzt wird, das ist ja eine Doktorarbeit eines Doktoranden an der Uni Basel im Fachbereich Urban Studies, ist doch schon sehr überraschend, dass ausgerechnet für diese Dissertation oder für die Ergebnisse dieser Dissertation als eine der wenigen Publikationen von Mitarbeitern auch entsprechend Werbung auf den Plattformen des Fachbereichs Urban Studies in den sozialen Medien gemacht wurde. Ich hoffe, Herrn Regierungsrat Conradin Cramer sind alle diese Posts bekannt. Der Universität sind diese Post bekannt, die teilweise schon drei Jahre alt sind und die zeigen, dass in diesem Fachbereich Urban Studies sich eine antisemitische Kultur breit gemacht hat, die nicht erst seit dem 7. Oktober aufpoppt.

Ich bin sehr interessiert auch an dieser Aufarbeitung der Fälle. Sollte dies nicht Bestandteil der Untersuchung sein, die die Universität bereits in die Wege geleitet hat, bitte ich Regierungsrat Conradin Cramer, diese Untersuchung in die Wege zu leiten. Spätestens die IGPK Universität wird sicherlich sich mit diesem Thema befassen müssen. Das geht nicht, dass mit Steuergeldern an einem Institut der Universität Basel Jahre lang antisemitische Parolen offenbar unwidersprochen gepostet oder vertreten werden können.

Insofern bin ich mit der Antwort der Interpellation zufrieden. Ich möchte aber trotzdem noch einmal an Regierungsrat Conradin Cramer appellieren, der Sache noch tiefer an der Universität auf den Grund zu gehen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Ich übergebe das Wort an meinen Statthalter für die Weiterführung der Debatte.

## **58. Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende, Schriftliche Beantwortung**

[24.01.24 15:25:21, 23.5610.02]

*Claudio Miozzari (SP):* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich muss Ihnen sagen, ich bin eigentlich in einem gewissen Mass positiv überrascht, weil hier wurde versucht in nicht nachvollziehbarer Heimlichkeit, etwas zu ändern mit den Gebühren, mit einem Hintergrund, der eigentlich ganz positiv ist. Ich sehe, dass die Idee der Universität ja nicht einfach die Bestrafung der Langzeitstudierenden mit doppelten Gebühren ist, sondern sie möchte den Studierenden helfen, indem man das Monitoring verbessert, indem man Studienabbrüche möglichst verhindern will, indem man einen Plan macht mit Studierenden, wie das allenfalls weitergehen kann. Also diese Grundidee finde ich grossartig.

Auf der anderen Seite habe ich auch mit Interesse gelesen, man hört ja überall, diese Langzeitstudierenden, die liegen dem Steuerzahler auf der Kappe, die sollen doch einfach mal vorwärtsmachen. Die Antwort der Uni ist aber auch klar, kein einziger Student, keine einzige Studentin hat nicht Platz wegen den Langzeitstudierenden, niemandem wird ein Platz weggenommen und die Einsparung ist null. Also wenn man hier vorwärts macht, ist die Einsparung null, die Uni kann nichts einsparen. Das ist klar bei diesen, das sind Grenzkosten, aber es ist doch mal wichtig zu hören, es nimmt niemandem einen Platz weg, wenn jetzt da ein paar Leute länger studieren.

Und da stellt sich mir schon die Frage, was ist denn da so schlimm daran, dass man das verdoppeln muss mit dem Preis. Wir haben das eigentlich auch an anderen Orten immer wieder. Wenn Sie staatliche Leistungen konsumieren, die subventioniert sind, beispielsweise wenn Sie ins Schwimmbad gehen im Sommer, niemandem kommt in den Sinn, jemandem, der zwanzig Mal geht, den Preis zu erhöhen, weil er mehr profitiert von dem, was da angeboten wird. Oder auch beim Theater. Wenn ich hundert Mal ins Theater gehe, profitiere ich wesentlich mehr, als wenn ich nicht oder nur einmal gehe. Auch da muss ich dann nicht mehr bezahlen. Also wir kennen das schon, dass man staatliche Leistungen beziehen kann.

Und wenn wir jetzt hier niemanden stören, niemandem einen Platz wegnehmen und es auch eine relativ kleine Zahl ist, dann finde ich es doch etwas einfach oder wenig fantasievoll, das dann über den Preis steuern zu wollen. Aber vom Grundsatz her sehe ich, die Stossrichtung ist eine positive, die Stossrichtung ist eine wertvolle auch, das anerkenne ich.

In diesem Sinne bin ich aber, weil ich finde, die Steuerung über das Geld ist in diesem Fall tatsächlich wohl nicht nötig, nur teilweise zufrieden. Danke aber für die Antwort.

*Claudio Miozzari (SP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

*Claudio Miozzari (SP):* Traktandum 59. Interpellation Nr. 155 Sandra Bothe-Wenk betreffend den verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24.

Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die differenzierten Antworten zu den Prüfungsformaten und Pilotversuchen betreffend die digitale Maturitätsprüfung und anerkenne ausdrücklich die Bemühungen, den Zusatzaufwand der involvierten Schulleitungen und Lehrpersonen und auch des Verwaltungspersonals. Von der Antwort erkläre ich mich grundsätzlich befriedigt. Einige Überlegungen, aber auch Bedenken möchte ich dennoch hervorheben.

Die Kommunikation bezüglich dieses Pilotprojekts wurde von einigen Betroffenen als unglücklich wahrgenommen und hat deshalb zu Verunsicherung geführt. Insbesondere als besorgniserregend wurde die Einführung neuer Regelungen während des laufenden Schuljahrs empfunden anstelle einer Ankündigung im Vorfeld des neuen Schuljahres. In Anbetracht der knappen verbleibenden Zeit bis zu den kommenden Maturitätsprüfungen 2024, der fortgeschrittenen Projektphase und dem Stand der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler erscheint mir aber eine weitere Infragestellung des Pilots als unangebracht, da dies die Verunsicherung nur vergrössern würde.

Allerdings möchte ich gestützt auf mehrere Gespräche zu diesem Thema erneut auf den zentralen Aspekt der Bedenken hinweisen. Dieser besteht in der vorhandenen Ungleichheit bezüglich der Voraussetzung für die Schülerinnen und Schüler des gesamten Prüfungsjahrgangs. Während die Gleichbehandlung innerhalb einer Klasse für die Prüfung gewährleistet ist, ist diese kantonal nicht gleich gegeben, weil vier unterschiedliche Formate für die schriftliche Maturitätsprüfung vorgegeben werden.

Eine zusätzliche Herausforderung besteht darin, wie die Integrität und Redlichkeit von digitalen Prüfungen angesichts der zahlreichen Möglichkeiten für unlauteres Spicken, die sich durch den Einsatz privater Laptops ergeben, sichergestellt werden kann. Dies betrifft zum Beispiel die Verwendung unsichtbarer Ordner oder Dokumente auf dem Desktop. Auch bleibt der pädagogische Mehrwert einer Kollaborationszeit, die eine Woche vor der Maturitätsprüfung stattfindet, unklar und kritisch



betrachte ich, dass die betroffenen Klassen das Thema der schriftlichen Maturität schon eine Woche im Voraus kennen, auch wenn die einzelnen Aufgaben nicht bekannt sind.

In Anbetracht der Punkte ist es meiner Meinung nach entscheidend, die durchgeführten Pilotversuche zeitnah zu evaluieren, bestehende Ungleichheiten zu identifizieren und künftig eine frühzeitige Kommunikation sicherzustellen.

Eine grundlegende Anmerkung ist mir noch wichtig. Bei der zunehmenden Übertragung der Verantwortung für die Definition von digitalen Standards an Schulleitungen und somit an Lehrpersonen ist es wünschenswert, dass alle Lehrkräfte vergleichbare Qualifikationen im digitalen Bereich besitzen. Dies ist entscheidend, um eine gleichmässige Entwicklung digitaler Kompetenzen zu gewährleisten und somit eine chancengleiche Bildung für alle Schülerinnen und Schüler zu sichern, insbesondere wenn in Zukunft die Maturitätsprüfungen digital durchgeführt werden sollen. Aus diesem Grund sollen für alle Lehrpersonen den verbindlichen Zugang zu standardisierten Weiterbildungsprogrammen gewährleistet sein.

*Claudio Miozzari (SP)*: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **60. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Quartiertreffpunkt im Quartier behalten, Schreiben des RR**

[24.01.24 15:32:38, 19.5342.03]

*Claudio Miozzari (SP)*: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **61. Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend grosszügiges «Uusestuehle» langfristig ermöglichen, Schreiben des RR**

[24.01.24 15:33:07, 21.5709.02]

*Claudio Miozzari (SP)*: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir haben eine Wortmeldung von Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP)*: Die LDP würde das sehr gerne stehen lassen. Ich weiss, ich habe mich als Einzelsprecherin und nicht als Fraktionssprecherin gemeldet, das tut mir leid. Und zwar hätten wir hier gerne eine weitere Berichterstattung zusammen mit der Motion Laurin Hoppler betreffend mediterrane Nächte, die jetzt als Anzug weiterbearbeitet wird, weil wir da gewisse Parallelen sehen rund um die Möglichkeiten und auch die Kommunikation an Institutionen in der Gastronomie über deren Rechte, über deren Möglichkeiten, wo wir das Gefühl haben, da kann noch mehr getan werden, da kann die Zusammenarbeit sich verbessern. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir das hier heute stehen lassen können, damit wir dann ein bisschen eine detailliertere Berichterstattung vorliegen sehen und von der aus dann weiterentscheiden können, in welche Richtung das geht.

*Claudio Miozzari (SP)*: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP)*: Ich kann mich dem Votum von Annina von Falkenstein sehr anschliessen. Wir von der SVP-Fraktion beantragen Ihnen ebenfalls, dieses Geschäft heute nicht abzuschreiben, diesen Anzug, sondern diesen Anzug stehen zu lassen. Einerseits weil tatsächlich, wie Annina von Falkenstein gesagt hat, es eine Gelegenheit ist, dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, dann gemeinsam mit dem Anzug Hoppler diese Antworten uns vorzulegen. Wir haben ja dort ebenfalls





einen Anzug an den Regierungsrat überwiesen vor nicht allzu langer Zeit und das erscheint uns sinnvoll, dass man dann zu diesen beiden Anzügen gemeinsam berichten kann.

Und dann sind wir schon auch bei diesem Anzug, bei der Beantwortung wieder ein wenig über dasselbe gestossen oder gestolpert wie schon bei der Begründung zur Motion Hoppler, es war ja ursprünglich eine Motion, das ist immer diese Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Hier gibt es aus meiner Sicht einen Interpretationsspielraum, den wir noch nicht abschliessend geklärt haben. Der Regierungsrat ist bei dieser Frage immer sehr strikt auf eine Gesetzgebung, die aus unserer Sicht so nicht ganz nur ausschliesslich interpretiert werden kann. Es gibt auch Juristen, die im gastronomischen Bereich Beratungsdienstleistungen leisten, die das ein wenig anders sehen. Ich glaube schon, dass wir es uns hier ein bisschen einfach machen, wenn wir einfach sagen, ja, das ist rechtlich nicht so zulässig. Ich glaube, wir müssen diese Diskussion führen.

Sie ist insbesondere deshalb sehr wichtig, weil wir gesehen haben, seit dieser Anzug Hofer überwiesen worden ist, dass sich dieses grosszügige, was man immer auch unter grosszügig verstehen will, «usestuehle» in der Innenstadt oder generell in der Stadt sehr bewährt hat. Das wird von der Bevölkerung sehr stark angenommen. Es ist auch eine gute Alternative zu der permanenten Möglichkeit, sich am Rheinbord aufzuhalten. Es ist auch einer eher sinnvollerer sozialen Kontrolle unterworfen, wenn die Gastronomiebetriebe im Aussenbereich eben etwas grosszügig «usestuehle» können und damit auch mehr Platz anbieten können. Das ist gerade in den Sommermonaten nicht nur attraktiv für zusätzliche Einnahmen, das wissen all diejenigen, die hier selber in der Gastronomie tätig sind, aber es ist eben auch für uns als Kundinnen und Kunden, für Touristinnen und Touristen sehr sinnvoll und attraktiv, wenn man hier ein bisschen mehr Möglichkeiten hat und deshalb glauben wir, macht es Sinn, dass man gerade in diesem Bereich, in der Gastronomie, die auch zu Innenstadt- oder zur Stadtbelebung insgesamt beitragen kann, diese Gelegenheit vom Grundsatz her weiterhin gibt.

Deshalb möchten wir Sie bitten, dass das Bau- und Verkehrsdepartement dann noch einmal gemeinsam mit dem Anzug Hoppler über diesen Vorstoss Hofer berichten kann und uns hier etwas unterbreiten wird, welches den Bedürfnissen der Gastronomie, aber auch der Kundinnen und Kunden in unserer Stadt zugutekommen wird.

*Claudio Miozzari (SP):* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde übernimmt Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich glaube, inhaltlich sind wir sehr nahe beieinander und ich verstehe auch das Abschreiben von denjenigen Fraktionen, die das so vorgesehen haben, nicht als Nicht-Unterstützung, dass man nicht in diese Richtung weiterarbeiten soll, im Gegenteil. Ich glaube, in der Innenstadt ist das heute gar nicht so problematisch, wo es tatsächlich auch noch solche Regelungen oder noch Hürden gibt, damit Boulevardrestaurants länger offenhaben können, das ist vor allem in den Quartieren. Und das wollen wir angehen, weil es auch im Interesse des Regierungsrats ist, in den Quartieren solche Orte, wo die Leute zusammenkommen, solche Quartierzentren auch zu ermöglichen.

Ich glaube aber, wenn Sie den Blick nochmals in diesen Anzug werfen, sehen Sie, dass die Fragestellungen, die hier aufgeworfen sind, hier mitbeantwortet sind und Sie vergeben sich nichts, wenn Sie hier abschreiben, weil wir eben noch den Anzug respektive die frühere Motion Hoppler haben, die uns beauftragt, genau dazu zu berichten. Und wie gesagt, das ist auch etwas, was dem Regierungsrat am Herzen liegt, weil wir eben die Quartiere stärken möchten. Aber hier jetzt im Bereich auch noch der Coronapandemie, wo wir auch im Nachhinein noch ermöglicht haben, dass die Restaurants unkompliziert auch verlängern konnten oder diese Boulevard-Nutzung auch legalisieren konnten, indem sie ein Gesuch eingereicht haben, ich glaube, diese Thematik ist hier abgeschlossen. Deshalb darf ich Sie bitten, den Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari (SP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Annina von Falkenstein und Joël Thüring beantragen Stehenlassen. Wir kommen zur Abstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen

## Ergebnis der Abstimmung

**59 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002675, 24.01.24 15:40:02]

## Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug ist erledigt.

*Claudio Miozzari (SP)*: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 59 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## **62. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR**

[24.01.24 15:40:10, 21.5739.02]

*Claudio Miozzari (SP)*: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP)*: Ich spreche im Namen der Fraktionen SP und Mitte/EVP. Es handelt sich bei diesem Anzug um ein langjähriges Velo-Anliegen, das viele Velofahrende betrifft: Die Kreuzung des Velowegs entlang der Wiese nach Lörrach mit der Strasse zwischen Riehen und Weil am Rhein gleich gegenüber dem Naturbad. Der Anzug brachte nicht zum ersten Mal die Idee auf, den Veloweg unter der Brücke hindurchzuführen anstatt über die Strasse. Überraschenderweise will nun der Regierungsrat den Anzug von Jérôme Thiriet abschreiben. Erfreulich ist, dass inzwischen anstelle der Stop-Signalisation keine Vortritt-Signalisation und Markierung veranlasst wurde.

Der Regierungsrat lehnt in seiner Antwort einen Veloweg unter der Weilstrasse durch aufgrund von Bestimmungen des Gewässer- und Naturschutzes ab. Die Regierungsantwort ist aus unserer Sicht zu einfach gemacht. In der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung Artikel 41c Abs. 1 steht, dass Fuss- und Wanderwege im Gewässerraum gebaut werden dürfen. Ich sehe nicht ein, weshalb auf einem solchen Fuss- und Wanderweg nicht auch Velos fahren dürfen sollten. Zudem gibt es an der Wiesendamm Promenade auch einen Veloweg, welcher sich im Gewässerraum der Wiese befindet und unter mehreren Brücken durchführt.

Auch der Kanton Zürich zeigt eindrücklich, dass ein solcher Velo- und Fussweg entlang eines Flusses möglich ist. Das Projekt «Fil Bleu Glatt» sieht mit einer Ausnahmeregelung des Bundes vor, die Uferäume entlang der Glatt zwischen Dübendorf und Opfikon schrittweise aufzuwerten und zugänglicher zu machen. Kernstück dieses Projekts ist die Erneuerung des Glatt-Uferwegs mit einem Fuss- und Veloweg. Eine Visualisierung können Sie auf der Leinwand sehen.

Wenn im Kanton Zürich solche Velowege im Uferbereich in Bezug auf die Gewässerschutzgesetzgebung möglich sind, muss ein kurzer Velo- und Fussweg entlang der Wiese unter der Weilstrasse durch auch in Riehen möglich sein. Das Gewässerschutzgesetz und die Verordnung dazu sind eidgenössisch. Wir erwarten deshalb, dass sich der Regierungsrat mindestens für eine ähnliche Ausnahme wie im Kanton Zürich beim Bund einsetzt.

Ein solcher Velo- und Fussweg parallel zur Wiese und unter der Weilstrasse durch könnte anstatt asphaltiert mit einem chaussierten Mergelweg gebaut werden. So kann das Wasser gut versickern, genau wie der Glatt-Uferweg im Kanton Zürich geplant ist. Dieser Fuss- und Veloweg wäre eine weitere Verbesserung des Basler Fuss- und Velowegnetzes und er würde die Sicherheit für Velofahrende und zu Fuss Gehende markant erhöhen. Die im Anzug erwähnte Alternative zur Unterführung, also eine Velofurt über die Weilstrasse, auf der die Velofahrenden vor dem Verkehr auf der Weilstrasse inklusive Velos und der Buslinie 16 vortrittsberechtigt wären, sehe ich eher kritisch.

Aus den vorgenannten Gründen sprechen wir uns für den Velo- und Fussweg unter der Weilstrasse durch aus. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP und der Mitte /EVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari (SP)*: Jérôme Thiriet hat das Wort.

*Jérôme Thiriet (GAB)*: Ich würde gerne als Anzugssteller auch noch schnell für das GAB sprechen. Christoph Hochuli hat alles gesagt, aber auch von mir noch als aktiver Rennvelofahrer. Die Situation ist dort einfach immer noch ungenügend, weil es effektiv die einzige Kreuzung ist entlang der Wiese von ganz oben eigentlich, von Schopfheim bis an den Hafen runter, wo man mit einer Autostrasse kreuzen muss. Es ist auch eine wichtige Pendleroute und ich war ein bisschen enttäuscht, dass



die Variante unter der Brücke durch, die vorgeschlagen ist, eigentlich gar nicht mehr geprüft wurde, sondern eigentlich nur die oberirdische Lösung mit dieser Velofurt, die wir aber eigentlich auch als weniger optimal ansehen, weil man sich oben einfach in die Quere kommt. Und unten, wie es Christoph Hochuli schon erläutert hat, wenn man sich ein bisschen mehr für so eine Ausnahmeregelung einsetzen würde, wie es in Zürich ist, wie wir es gesehen haben auf der Leinwand vorher, etwas erreichen kann.

Jetzt will ich auch nicht länger werden, ich möchte einfach sagen, lassen wir diesen Anzug noch einmal stehen und bitten doch das Baudepartement und die Regierung zu schauen, ob es nicht möglich wäre, dass wir es dort auch unten durch führen können, weil das wirklich ein Gewinn für die wichtige Veloachse wäre.

*Claudio Miozzari (SP):* Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Soll wirklich zukünftig die ganze Velopolitik auf den Rennvelofahrer ausgelegt werden?

*Jérôme Thiriet (GAB):* Ich habe gesagt, dass es eine wichtige Pendlerroute ist.

*Claudio Miozzari (SP):* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich kann bestätigen, dass man den Weg nicht nur mit dem Rennvelo fährt, denn ich nutze diesen Weg häufig für Sitzungen in Lörrach und ich kann bestätigen, dass die Kreuzung dort heute nicht gut gelöst ist. Wir haben schon Verbesserungen angebracht und wie gesagt, dieser Pilotversuch mit der Velofurt, der ist wirklich spannend. Wir bewerben uns beim ASTRA darum, dass wir diesen Pilotversuch, so wie wir schon viele Pilotversuche auch für die ganze Schweiz in Basel durchführen durften, dass wir diesen dort durchführen dürfen. Was wirklich weniger Chancen hat, und das kann ich mittlerweile aus eigener Erfahrung von Verhandlungen auch mit den Bundesbehörden sagen, das ist diese Linienführung unter der Brücke durch. Wir müssen dazu den Weg relativ breit anlegen, damit sich Fussgänger und Velofahrer auch nicht in die Quere kommen.

Und es ist klar, die Bundesbehörden lassen nur zu, dass wir den Naturschutz schwächen, wenn es absolut standortgebunden und nachgewiesen ist, dass es keine guten alternativen Lösungen gibt. Sonst ist es relativ aussichtslos, hier gegen den Naturschutz in diesem Gewässerraum zu argumentieren. Wo es bessere Chancen hat, ist bei diesem Veloweg im Bereich des Joggeli. Sie kennen diesen wahrscheinlich, wenn man von Basel seitig in Richtung Baselland fährt, dort sehen wir bessere Chancen auf Aussicht, dass wir das durchsetzen können, dass das standortgebunden ist. Aber hier in diesem Fall, denke ich, sind die Chancen wirklich klein.

Deshalb möchten wir uns für diesen Velofurt-Pilotversuch einsetzen und werden das auch tun. Auch hier, das ist ein bisschen wie vorhin, gibt es schon einen Anzug, der fordert, dass wir einen solchen Pilotversuch machen in Basel. Insofern haben Sie auch schon das Mittel uns gegeben, um uns da einzusetzen, auch in Bern und wir werden das entsprechend tun. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari (SP):* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**34 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002677, 24.01.24 15:50:05]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.



*Claudio Miozzari (SP)*: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

### **63. Anzug Luca Urgese und Christoph Hochuli betreffend nachhaltige Bekämpfung von illegalen Sprayereien im öffentlichen Raum, Schreiben des RR**

[24.01.24 15:50:14, 22.5084.02]

*Claudio Miozzari (SP)*: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP)*: Leider wurde bei Traktandum 25 dieser Session das Budgetpostulat von Luca Urgese und mir zur Bekämpfung von illegalen Sprayereien nicht überwiesen. Aber Sie hatten im April 2022 unseren entsprechenden Anzug mit deutlicher Mehrheit an den Regierungsrat überwiesen. Damit haben Sie gezeigt, dass Ihnen ein schönes und sauberes Stadtbild ebenso am Herzen liegt wie Luca Urgese und mir. Gemäss der Stellungnahme des Regierungsrats teilt dieser erfreulicherweise die Ansicht, dass übermässige Sprayereien das Basler Stadtbild beeinträchtigen. Der Regierungsrat schreibt sogar, dass über die ganze Stadt betrachtet ganze 16 Prozent der privaten Liegenschaften von Sprayereien betroffen sind. Die allermeisten Sprayereien, die ich tagtäglich an Hausfassaden sehe, sind nicht kunstvolle Graffiti, sondern unschöne, kreativlose Linien, Logos, Wörter oder Parolen. Ansonsten ist die Regierungsantwort sehr kurzgehalten und will den Anzug abschreiben.

Für mich ist es sehr erstaunlich, dass der Regierungsrat zwar die Problematik anerkennt, aber trotzdem nicht bereit ist, die vollständigen Kosten für die Entfernung aller illegalen Sprayereien an Hausfassaden zu übernehmen. Viele Hausbesitzende haben längst resigniert, weil sie sich immer wieder aufs Neue finanziell an der Fassadenreinigung beteiligen müssen. Dies sind jeweils 20 Prozent der Kosten, aber mindestens 100 Franken pro Fall. Wir Anzugssteller sind nach wie vor der Meinung, dass der Kanton mehr Geld für die Entfernung von Sprayereien einsetzen soll. Die Stadtreinigung soll aktiv auf Hausbesitzende zugehen und ihnen die Entfernung der Sprayereien kostenlos anbieten.

Um die Graffitzene zu unterstützen, aber auch um wilde, illegale Sprayereien zu verhindern, stellte das Tiefbauamt in den letzten Jahren diverse Wände zur Verfügung. Auf diesen Wänden entstanden viele kunstvolle Graffiti. Das traurige ist, dass einige dieser kunstvollen Graffiti von anderen Sprayenden übersprayed oder sonst verunstaltet wurden. Das ist doch unglaublich und asozial.

Im Namen der Mitte/EVP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. So kann die Stadtreinigung und lokale Malerbetriebe schon bald viele Hausfassaden in unserem Kanton von diesen grässlichen Sprayereien befreien.

*Claudio Miozzari (SP)*: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP)*: Vor einer Woche habe ich Ihnen ein Bildchen gezeigt von meiner Gartenmauer. Ich werde Sie heute nicht nochmals mit so einem Bildchen beglücken, aber ich habe freudige Nachrichten zu verkünden. Ich bin stolzer Eigentümer eines neuen Kunstwerkes seit letzter Woche. Es ist eine Wortgrafik, welche sich zeitkritisch mit der Thematik Gleichstellungsgesetz auseinandersetzt. So mindestens interpretiere ich es. Kunst liegt im Auge des Betrachters, aber nicht im Auge des Betrachters liegt die Tatsache, dass Kunst von Können kommt, rein semantisch. Und ebenfalls nicht im Auge des Betrachters liegt die Tatsache, dass Graffiti auf Mauern, die einem nicht selber gehören, Sachbeschädigung sind.

Bevor jetzt Tim Cuénod uns mit einer weiteren ökonomischen Studie zum Thema Fehlanreize Malergewerbe unterhält, für mich ist es absolut in Ordnung, wenn die Stadtreinigung selbst mit dem ganz dicken Roll-Pinsel die Graffiti beseitigt. Das geht schnell, kostet wahrscheinlich nicht viel, aber das Problem ist zumindest grossmehrheitlich gelöst.

Wir müssen zugeben, das Thema Graffiti haben wir in diesem Kanton nicht im Griff. Jetzt können wir diesen Anzug abschreiben und sagen, ja, wir wollen es auch nicht in den Griff kriegen. Es gibt scheinbar Fraktionen hier drin, die das so wollen. Oder wir können sagen, nein, wir haben es nicht im Griff, also versuchen wir es in den Griff zu bekommen. Dieser Anzug bietet immerhin die Chance eines solchen Versuches, wenn man ihn ernst nimmt und stehen lässt und darum bitte ich Sie.



*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich werde mich bewusst kurz halten und nicht das Gericht von letzter Woche nochmals aufkochen. Das GAB ist für Abschreiben des Anzugs. Wir waren schon bei der Erstbehandlung gegen eine Überweisung des Anzugs und haben auch das Budgetpostulat letzte Woche abgelehnt. Nicht, weil wir kein Verständnis hätten, dass man sich über hässliche Sprayereien an Hausfassaden sehr wohl ärgern kann, sondern weil damals im Text des Anzugs und Teile der Forderungen illegale Sprayer im gesamten kriminalisieren wollte beziehungsweise kritisiert. Und andererseits sind wir im GAB weiterhin davon überzeugt, dass das bestehende Angebot von Spray Out und die Mitfinanzierung durch den Kanton ausreichend sind.

Ich verzichte jetzt nochmals einen erneuten Bezug, wie ich es bei der Erstbehandlung gemacht habe, auf unsere hiesige bekannte Graffiti-Szene zu nehmen. Ich gehe nicht davon aus, dass Kollege Lorenz Amiet den ganzen Bahnhof mit einem grossen weissen Pinsel überstreichen möchte. Denn das Verständnis, dass es sich auch um eine Kunstform handeln könnte, nicht bei allem, ist ja nur bedingt vorhanden. Trotzdem möchte ich kurz erwähnen, dass erst gerade eine Basler Strasse nach einem leider zu früh verstorbenen Graffitikünstler unserer Stadt benannt wurde.

Die Regierung hat in der Beantwortung aufzeigen können, dass zu vier Fünftel die Kosten für die Entfernung übernommen werden. Eine vollständige Übernahme der Kosten hätte dann halt ein entsprechendes Preisschild.

Auf die Debatte von letzter Woche betreffend falschen Anreizen können wir, denke ich, ebenfalls verzichten. Das Argument, dass es zu kompliziert ist und niemand kommen würde, ist aber völlig an den Haaren herbeigezogen und entspricht nicht der Realität, zumindest nicht der, die ich selber erleben muss. Wir müssen denn als Stiftung ebenfalls ungefähr zwei bis drei Mal jährlich Spray Out anfordern, um sinnleere und nicht hübsche Sprayereien an unseren Liegenschaften zu entfernen. Dies ist nun überhaupt keine Hexerei und wird sehr zeitnah erledigt.

Aufgrund der Beantwortung des Anzugs und der Ablehnung des Budgetpostulats sehen wir daher keine weitere Notwendigkeit, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari (SP):* Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Muss eine Fachstelle geschaffen werden, die beurteilt, ob eine Sprayerei hässlich oder schön ist?

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich hoffe nicht, dass das notwendig ist.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Auch ich gehe jetzt nicht auf das Votum ein von letzter Woche wegen der Budgeterhöhung, die wir dort hatten. Aber immerhin ist die Regierungsrätin jetzt hier des zuständigen Departements, dann kann ich das noch einmal wiederholen; bitte regieren Sie und handeln Sie. Die Unterstellung, die sehr gewagt gewesen ist, Tim Cuénod, gerade Sie als GPK-Präsident, finde ich das sehr gewagt, muss ich sagen, dem Maler- und Malerinnenmeister\*innenverband zu unterstellen, dass das vielleicht einen Anreiz schaffen könnte, dass die Söhne und die Töchter von Malermeistern Wände besprayen gehen. Das finde ich schon ziemlich gewagt und wiederhole das jetzt trotzdem, denn das brummt immer noch in mir.

Im Übrigen haben Recherchen gezeigt, dass die meisten Aufträge gar nicht an den Malermeister\*innenverband gehen, sondern an Ihr Departement, Esther Keller, und es zeigt sich in dieser langen Diashow, die ich hier gezeigt habe, dass die Stadt halt einfach voller Sprayereien ist. Jetzt ist es so, dass das durchaus eine Kunst sein kann. Ich sehe auch Graffiti-Kunst als grosse Kunst an zum Teil. Die Kunst hört aber dort auf, wo mein privates Eigentum, mein Eigenes zerstört, verschandelt und verschmiert wird. Dort hört es für mich dann einfach auf und dann ist es nicht mehr Kunst, das muss ich hier einfach sagen.

Und die Budgeterhöhung, da müssen wir nicht mehr darauf eingehen. Da wäre ich sogar als LDP-ler oder unsere Fraktion dafür gewesen, weil wir einfach gedacht haben, diesen Batzen könnten Sie brauchen, Frau Regierungsrätin, um endlich zu reagieren, nicht nur zu regieren, sondern zu reagieren und die Sprayereien in einer nützlichen Frist dann auch zu entfernen, weil es geht ewig. Es geht zum Teil Monate, bis die entfernt werden an privaten Liegenschaften.



Darum ist die LDP auch dafür, das jetzt stehen zu lassen, bis wir sehen, dass da wirklich gehandelt wird, reagiert wird und die Sprayereien endlich kein Thema mehr sind und wir alle, die wollen, dann die Kunst an anderen Orten geniessen können.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Sprecher für die FDP ist Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Sie haben vor Wochenfrist das Budgetpostulat abgelehnt. Das ist selbstverständlich zu respektieren, darum geht es nicht mehr. Aber in diesem Anzug gibt es ja noch andere Punkte als nur die finanziellen Aspekte. Wir haben da diverse Dinge aufgezählt, den Meldeprozess, den man aus meiner Sicht nach wie vor vereinfachen könnte, aktiv auf Hauseigentümerinnen/Hauseigentümer zugehen, sie dazu motivieren, Sprayereien beseitigen zu lassen. Präventionsmassnahmen haben wir angeregt zu prüfen oder was es sonstige Massnahmen noch gibt, die man tun könnte, um diese Sprayereien-Epidemie einzudämmen. Die Antwort des Regierungsrates, wenn man sie kurz und prägnant zusammenfassen will, ist eigentlich; weiter so und vielleicht noch ein, zwei Wände zusätzlich zur Verfügung stellen für Künstlerinnen und Künstler. Und das reicht einfach nicht, das reicht nicht.

Wir können jetzt schon die Debatte darüber führen, was von diesen Sprayereien jetzt Kunst ist und was jetzt keine Kunst ist. Ich glaube, wenn Sie mit offenen Augen durch diese Stadt laufen, dann kann man das in der Regel ziemlich gut unterscheiden, was jetzt künstlerischen Wert hat und was entsprechend nicht, weil die allermeisten Sachen sind ja nur irgendwelche Tags oder Wellen oder irgendwelche politischen Sprüche, die irgendwie abwerten, oder Anarchisten, also da geht es ja nicht mal um die politische Ausrichtung. Aber ich glaube, in der Regel ist es sehr offensichtlich, handelt es sich um Kunst oder eben nicht. Und selbst wenn es sich um Kunst handeln würde, kann ich meinem Kollegen Raoul Furlano nur zustimmen, gibt einem das noch nicht das Recht, eine fremde Hausfassade entsprechend umzugestalten. Dafür haben wir demokratisch abgesegnete Regeln, was man darf und was man nicht darf und daran sollte man sich auch entsprechend halten.

Aber eben, wenn wir jetzt darüber die Diskussion führen, sollte dieser Anzug stehen gelassen werden oder soll er abgeschrieben werden, dann bitte ich Sie, sich nochmals vor Augen zu führen, wenn Sie diesen Anzug abschreiben, dann passiert eigentlich einfach so gut wie nichts. Wir resignieren, nehmen den Zustand so zur Kenntnis, wie er ist und lassen ihn weiterbestehen. Das möchten wir zumindest nicht. Wir möchten den Anzug stehen lassen, damit der Regierungsrat nochmals eine Chance bekommt, die weiteren Aspekte, die neben dieser Finanzierungsfrage aufgeführt sind, nochmals zu prüfen und auch effektiv dann zu beantworten und zu überlegen, was es eigentlich sonst noch für Handlungsmöglichkeiten gibt. Ich glaube, der Regierungsrat hat diese zweite Chance verdient.

*Claudio Miozzari (SP):* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen für die Fraktionen. Als Einzelsprecher hat sich Tim Cuénod eingetragen.

*Tim Cuénod (SP):* Nach meinem vielleicht etwas unglücklich formulierten Votum von letzter Woche ist jemand sofort zum Malermeisterverband gegangen und es hat entsprechend eine Korrespondenz gegeben, wo ich denke, dass es doch gelungen ist, Missverständnisse auszuräumen. Ich habe grossen Respekt vor der Arbeit der Malermeister und zum Kanton, die unsere Stadt bunter und sicher auch in vielerlei Beziehung lebenswerter machen. Es ging mir auch in keine Art und Weise darum, den Malermeister oder Malermeisterverband irgendwie zu diffamieren, sondern es ging darum, darauf hinzuweisen, dass es Fehlanreize geben kann, dass ich auch ein bisschen überrascht bin durch die Vollkasko-Mentalität, die man da hat, der Staat soll alles zahlen, weil man das ja sonst von bürgerlicher Seite nicht so kennt.

Auch aus Sicht eines Hauseigentümers, und jetzt mache ich meinen Fall vielleicht noch schlimmer, ist der Anreiz, wenn man sagt, der Kanton zahlt ja eine Fassade zu 100 Prozent neu, vielleicht ein wenig ungünstig im einen oder anderen Fall. Anders ist die Lage dann, wenn ein Haus natürlich regelmässig und am gleichen Ort besprayt oder besprüht wird.

Ich wollte das sagen, unabhängig davon, wie man jetzt zum vorliegenden Anzug steht, gerade einfach auch, weil dieses Votum noch mindestens dreimal aufgegriffen wurde.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Diese Debatte ist aufgeladen, aber ich glaube, sie wurde aufgeladen durch Ihre Seite. Wenn jetzt da, wie von Oliver Bolliger ein Recht auf Privatenteignung durch sogenannte Künstler propagiert wird, wenn diese unglücklichen Vergleiche angestellt werden, wenn generell von linker Seite eigentlich grosse Sympathie für allgemeine Verslumung unserer Stadt geweckt wird, dann steht die Regierung einfach auf der falschen Seite, wenn sie diesen Anzug nicht entgegennimmt.



Sie hat mit dem Sympathien für eine Kultur, die wirklich einen Freipass geben will, dass Privateigentum verschandelt oder verschönert wird, je nachdem, wie man es ansieht. Ich glaube, eine solche Stadt will ein wesentlicher Teil dieses Parlamentes und ich glaube, die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht. Und ich glaube, die Regierung hat keine andere Wahl, wenn sie es ernst will mit einer Stadt, die lebenswert ist, als diesen Anzug jetzt eben doch weiter zu behandeln mit aller Ernsthaftigkeit und zu sagen, wir als Basler Regierung stellen uns diesen Tendenzen entschieden dagegen.

Und wenn sie es nicht tut, dann ist es einfach eine Einladung für alle die, die sogenannten unsere Stadt verschönern durch wirklich Privatenteignung der Fassaden von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die das nicht wollen. Die, die das wollen, können ein Schild anhängen und sagen, bitte vorher ein Muster der Sprayereien abgeben und dann bewillige ich das oder bewillige ich das nicht. Das ist ja auch zulässig, aber vielleicht schreitet dann die Stadtbildkommission ein, die ja sonst alles verhindern will, was ihrem Geschmack widerspricht, aber hier sollen wir alles dulden. Also wirklich, ich verstehe die Welt nicht mehr ganz.

Besten Dank, wenn Sie das stehen lassen.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Eigentlich wollte ich nichts dazu sagen, aber ich hatte mit Sprayerinnen und Sprayer zu tun und die kommen aus den verschiedensten Richtungen, also nicht alles Linke, wie das vorher so ein bisschen gesagt wurde. Aber ich kann mir vorstellen, dass wenn jetzt der Kanton das bezahlt, dass diese Wände sofort wieder entfernt werden, dass es ein Wettbewerb unter diesen sein wird, diese sofort wieder zu versprayen. Es wird nichts nützen, das kann ich Ihnen garantieren. Das wird sie anspornen, vielleicht sogar noch mehr zu machen und glauben Sie mir, ich weiss, von was ich hier spreche, es bringt nichts. Wenn man das ändern möchte, dann müsste man, und das möchte wohl eine Mehrheit hier auch nicht, die Strafen massiv erhöhen für diese, die so etwas tun. Ich bin auch gegen das, ich finde es auch nicht toll und nicht schön, aber es wird einfach nichts bringen.

*Claudio Miozzari (SP):* Damit ist die Redeliste erschöpft und das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich bin ehrlich gesagt ganz froh, dass das jetzt noch kontrovers diskutiert wurde, weil ich hatte schon Angst, dass ich ein parlamentarisches Instrument falsch verstanden habe. Ihr Anzug lautet prüfen und berichten und das hat die Regierung gemacht. Wir haben geprüft und berichtet und jetzt von zweiter Chance zu sprechen oder wir seien untätig, finde ich deshalb etwas eigenartig, um es nett zu formulieren. Ich glaube nicht, dass der Anzug bedeutet, sofort umsetzen, weil sonst hätte vielleicht der eine oder die eine oder andere von Ihnen den Anzug nicht überwiesen. Das zeigt jetzt auch diese kontroverse Diskussion.

Und regieren bedeutet auch sorgfältig zu sein mit unseren finanziellen Mitteln. Und was wir Ihnen als Regierungsrat aufgezeigt haben, ist, dass wir denken, dass die heutige Lösung mit 80-prozentigem Beitrag mit relativ niederschwelligem Zugang, mit auch Präventionsprogrammen mit diesen Wänden, die wir zur Verfügung stellen, dass die eben verhältnismässig ist. Ja, wir kriegen die Sprayereien nicht auf null runter, aber das werden wir wahrscheinlich auch nicht kriegen. Der Regierungsrat denkt, dass der Aufwand, jetzt diesen ganzen Systemwechsel zu vollziehen, 100 Prozent zu übernehmen, wir werden selbst aktiv und nicht erst auf Anfrage, dass das unverhältnismässige Kosten bringt. Ich glaube, diese Ausgangslage, die haben Sie von uns erwartet, die haben Sie bekommen und wenn Sie jetzt der Meinung sind, nein, das ist es uns wert, wir wollen 100 Prozent, wir wollen, dass das hier Staatsaufgabe wird, das Entfernen diese Graffitis auch auf privaten Wänden, dann können Sie stehen lassen.

Trotzdem noch einmal auch aus liberaler Sicht, ich würde mich doch etwas wundern, wenn ich nach Hause komme und an meiner Hausmauer wären Leute des Tiefbauamts, Stadtreinigung mit einem Roller da zugange. Also ich finde auch da, es ist richtig, dass man noch die Hoheit hat über die eigene Wand und das beantragen kann, dass eine Reinigung vollzogen wird.

Deshalb, ich sage es nochmals, wir haben die Auslegeordnung geliefert, wir haben das sehr gerne gemacht und wenn Sie jetzt stehen lassen, geben Sie uns ein Signal, dass Sie da dennoch eine Verschärfung wünschen und dann werden wir Ihnen selbstverständlich sagen, was das an Kosten bedeutet und dann haben Sie die Wahl.

*Claudio Miozzari (SP):* Wir kommen zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002679, 24.01.24 16:11:54]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari (SP):* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 45 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## **64. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Zwischenbericht des RR**

[24.01.24 16:12:12, 19.5023.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um sechs Monate zu erstrecken.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 6 Monate zu erstrecken.

## **65. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Stellungnahme des RR**

[24.01.24 16:12:50, 23.5349.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* In der Motion wurde korrekt erkannt, dass die Beschränkung des Baumschutzgesetzes auf die Erhaltung der Anzahl Bäume einen blinden Fleck hat. Ein Ersatzbaum erreicht erst nach vielen Jahren den ökologischen und stadtklimatischen Wert des Vorgängerbaums. Bei der regen Bautätigkeit in der Stadt sowie Abgänge von Bäumen durch den Klimawandel besteht die Gefahr, dass der gesamte ökologische und stadtklimatische Wert des Baumbestandes abnimmt, obwohl der Baumbestand gleich bleibt oder sogar zunimmt. Wir Grünliberalen sind gespannt auf den Ratschlag des Regierungsrates zu allfälligen Anpassungen des Baumschutzgesetzes aufgrund des Handlungsfeldes 3 des Stadtklimakonzeptes.





Betreffend des ökologischen Wertes von Bäumen. Wir sind, wie der Regierungsrat ausführt, ebenfalls der Meinung, dass es keinen Sinn macht, den ökologischen Wert eines jeden Baumes in diesem Kanton zu erfassen. Dies ist definitiv ein sehr ungünstiges Kosten-Nutzenverhältnis.

Betreffend Stadtklima, Kronenbedeckung und Kronenvolumen. Als zweiten Messwert neben der Anzahl Bäume wird das Kronenvolumen, also die Kubik der Krone eines Baumes, in der Motion erwähnt. Gebräuchlich und gut messbar ist jedoch die Kronenbedeckung oder eben auch Kronenfläche genannt, also die Quadratmeter beziehungsweise die Prozent der Stadtfläche, die von Baumkronen beschattet wird. Damit ist die durch Baumkronen beschattete Oberfläche des Siedlungsgebietes gemeint.

Andere Städte in der Schweiz, zum Beispiel auch Zürich, verwenden alle diesen Wert. Das Kronenvolumen ist nicht gebräuchlich. Der Regierungsrat erwähnt in seiner Antwort bezüglich Kronenbedeckung, dass die Messung des Kronenbedeckungsgrades sinnvoll sei und kostengünstig machbar sei sowie dass die Stadtgärtnerei die LIDAR-Befliegungen von 2012 und 2021 auswertet. Nun muss er sich nur noch einen Zielwert setzen. Ich denke, das ist relevant. In der Stadt Zürich zum Beispiel sind dies 25 Prozent Kronendeckung im Siedlungsgebiet bis 2050.

Es ist schade, dass wir nun bei einer nicht wirklich umsetzbaren Motion landen und der Regierungsrat recht unverbindlich damit davon kommt zu argumentieren, dass die Kronenbedeckung ja in Zukunft überwacht wird und sie sowieso durch Stadtklimakonzept und Biodiversitätsstrategie im Sinne der Motion handeln würden.

Wir Grünliberalen bitten Sie zwar, diese Motion als Anzug zu überweisen, fordern jedoch den Regierungsrat aus den genannten Gründen auf, erstens, in der Anzugsbeantwortung einen festen Zielwert der Kronenbedeckung im Siedlungsgebiet inklusive einem Zeithorizont zu definieren. Zweitens, den Erhalt des Kronenbedeckungsgrades im Absatz 1 des Baumschutzgesetzes zu ergänzen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Ingetragen hat sich Béla Bartha für ein Einzelvotum.

*Béla Bartha (GAB):* Man lernt ja nie aus und ich bin ja noch nicht so lange im Parlament und so habe ich jetzt auch wahrscheinlich mit dieser Motion vielleicht ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen und da haben wir jetzt die Antwort ganz klar. Ich könnte mir jetzt aber auch hier wieder sagen, ich habe dies als Motion eingereicht, weil ich gedacht habe, wenn ich es nicht als Motion tue, dann wird nichts geschehen. Das haben wir heute schon gehört, aber ich möchte natürlich hier nicht so weit gehen.

Natürlich weiss ich auch, mit welchem Engagement unsere Regierungsrätin die Stadtklimainitiative erfolgreich bekämpft hat, in der einige Forderungen, die auch in meiner Motion angesprochen werden, enthalten waren. Ich möchte hier nicht wiederholen, was Brigitte Kühne gesagt hat. Ich hoffe natürlich auch, dass jetzt im Stadtklimakonzept, wo jetzt auch das Baumschutzgesetz vielleicht überarbeitet werden soll, dann diese Ausdrücke wie ökologischer Wert oder der Klimaeffekt der Bäume dort wieder zu finden sind, wenn es so weit ist.

Aber eigentlich wollte ich genau hier auf eine Motion hinaus, weil es eben, wenn man diese wirklich umsetzen würde, diesen ökologischen Wert hineinschreiben würde in ein Gesetz, natürlich auch gewisse Folgen hätte, die ich ja auch in der Motion beschrieben habe und die auch Brigitte Kühne hier jetzt nochmal genannt hat. Für mich ist aber klar, dass die Kronenabdeckung eben nicht ganz reicht. Wir müssen auch das Kronenvolumen haben, wir müssen wissen, ob die Blattdichte auch vorhanden ist, welche Arten wir auswählen und auch das potenzielle Kronenvolumen und eben die Blattmasse müssen ganz klar definiert sein. Und das können wir sehr wohl festlegen, da gibt es sicher auch sehr schnell einmal Erfahrungswerte.

Und dann geht es mir darum, dass man bei der Auswahl bei Ersatzpflanzungen diese Erfahrungswerte auch wirklich herannimmt. Und wenn man das macht, wenn man nun auch auf die Blattmasse und auf die Klimaeffizienz, den Klimaeffekt, den diese Bäume haben sollen, indem sie mehr transpirieren und so auch wirklich ein besseres Klima in der Stadt schaffen, indem sie auch die Temperaturen senken, diese Informationen, die kann man haben und die kann man auch in der Art dann festlegen und mit den Bäumen, die man pflanzt, auch so dann beeinflussen.

Wo wir uns decken in der Meinung, ist, dass man natürlich bei der Kronenabdeckung quartierweise zum Beispiel ein Ziel definieren kann. Ob das dann 25 Prozent sein sollen, das habe ich ja noch offen gelassen. Da habe ich auch gesagt, da kann man solche Zielwerte quartierweise, gerade in einer mittelalterlichen Stadt dann vielleicht auch definieren. Das wäre für mich eine wichtige Konsequenz, wenn man das in ein Gesetz niederschreiben würde. Transpirationsfähigkeit in dem Sinne, indem man das Blattvolumen auch angibt. Das ist für mich ein sehr wichtiger Punkt, da bin ich überzeugt und glaube auch nicht, dass das so kompliziert ist, das gehört hinein.

Wenn also diese Punkte in einem Gesetz fehlen und wir das nicht dort verankert haben, dann müssen wir befürchten, dass auch alle diese Folgeschritte, wie man dann die Ziele setzt, wie man auch für eine Bewässerung zum Beispiel der Bäume



sorgt, wenn das fehlt, dann haben wir alle diese Konsequenzen, die hängen dann auch in der Luft. Und so bin ich auch sehr überzeugt, dass wenn wir das im Gesetz nicht festgelegt haben, dann auch die nächsten Schritte nicht sind und wir dann wirklich bei dem Punkt sind, dass sehr wahrscheinlich nichts passiert.

Deshalb mein Appell noch einmal, dies nochmal als Motion zu überweisen oder zumindest zu stützen, dass es dann ein Anzug bleibt, bis wir wirklich die Resultate sehen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort und sie wünscht es.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich glaube, ich kann es kurz machen. Sie werden die Möglichkeit haben, dieses Thema zu diskutieren. Wir sind ja, wie jetzt auch zweimal erwähnt wurde, dran an diesem Handlungsfeld auch des Stadtklimakonzepts. Wir sind uns Gedanken am Machen, wie wir einerseits das Grüne, das Volumen an sich, aber auch die Biodiversität und eben auch das Volumen steigern können. Und Sie als Parlament haben da ja dann natürlich auch die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Wir werden Ihnen das vorlegen und dann bin ich gespannt auf die Debatte.

Deshalb, weil Sie diese Möglichkeit auch haben, bitte ich Sie sehr, das als Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Béla Bartha beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002683, 24.01.24 16:24:18]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 65 Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

### **66. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Stellungnahme des RR**

[24.01.24 16:24:31, 23.5272.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Für ein Einzelvotum hat das Wort Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Dem «Chrüzlistich» entnehmen wir, dass die Problematik der Kreuzung bei der Heiliggeistkirche von allen Fraktionen anerkannt wird. Das finde ich toll, dafür danke ich Ihnen. Unterschiede bestehen einzig darin, wie wir diesen Auftrag der Regierung überweisen, als eine verbindliche Motion für konkrete Massnahmen oder als einen unverbindlichen



Anzug. Ich möchte mit diesem Votum doch noch versuchen, denn einen, die andere zu motivieren, verstärkt auf die Bevölkerung zu hören und diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Die Schwierigkeiten der Kreuzung, die sind ja in der Motion in gutem Detail aufgelistet. Ich hatte vor ein paar Tagen Gelegenheit, mit der Mutter einer Primarschülerin, welche in der Gegend dort wohnt, mich auszutauschen und diese Mutter erwähnte mir, sie erlaube ihrer Tochter nicht mehr, alleine über diese Kreuzung zu gehen. Sie muss über die ampelgesteuerte Kreuzung an der Thiersteinallee/Dornacherstrasse einen Umweg machen. Es ist ein weiteres Puzzleteil in diesem ganzen Zusammenspiel der Schwierigkeiten an dieser Kreuzung und ich finde es sehr interessant, das Ganze auch einmal aus Kinderaugen anzuschauen, etwas, was wir, meine ich, auch öfters noch tun könnten.

Nun, die Motion verlangt ja weiss Gott nichts Unmögliches. Die Eckpunkte sind ein Lösungsvorschlag für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer und einen verbindlichen Terminplan für die Umsetzung der Massnahmen. Und es ist gerade dieser zweite Punkt, dieser verbindliche Terminplan, der hier auch der Bevölkerung, den Anwohnern am Herzen liegt. Ich habe die Motion zusammen mit Vertretern der Anwohner und Quartierorganisationen geschrieben. Eine Rückmeldung, die ich bekommen habe, ich zitiere: Es gibt viele Verkehrspendenzen im Gundeli und da nützt es nichts, wenn man möglichst viele als nicht dringlich zu klassifizieren versucht. Es muss einfach mehr getan werden. Zitatende. Die Stimmung ist klar, was da rüberkommt, die Anwohner sind es leid und müde zu hören, ja ja, da kommt dann schon etwas, wir machen dann etwas.

Die Regierung ist sich ja sehr wohl bewusst, dass sie mit ihrem Handeln, wie auch mit ihrem Nichthandeln oder dem verzögerten Handeln eine gewisse Stimmung in der Bevölkerung erzeugt. Und in diesem Fall ist es das Nicht- respektive verzögerte Handeln, welches bei den «Gundelianern», aber nicht nur bei ihnen ein Gefühl der Ohnmacht provoziert. Sie finden, es läuft ja doch nicht wirklich etwas, aber nur sehr verzögert, wir werden hier hingehalten. Man kann verschiedener Meinung sein, wie richtig diese Einstellung jetzt ist, aber völlig von der Hand zu weisen, ist sie nicht.

Die Anwohner, die Betroffenen verlangen konkrete Handlungen und Verbesserungen, einfach umsetzbare Massnahmen, also solche mit Pinsel und Farbe, die sollen ohne Verzögerung umgesetzt werden, das reicht aber nicht. Die Problematik muss konkret angegangen werden und das sind ja die Forderungen der Betroffenen und mit dieser Motion als Motion geben wir dem Regierungsrat den nötigen Stupf, dass er konkret aufzeigt, wie es weitergeht und uns Lösungsvorschläge und konkrete Umsetzungstermine vorlegt.

Ich bitte Sie deshalb, überweisen Sie diese Motion als Motion und ich danke Ihnen dafür.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Das GAB bittet Sie ebenfalls, die Motion als Motion zu überweisen. Der Grund ist relativ einfach, das wurde bereits vom Vorsprecher gesagt, es braucht eigentlich sofortige Massnahmen an diesem Ort. Wir hatten als Grosser Rat schon den Anzug 21.5518 überwiesen, der ebenfalls forderte, dass Massnahmen an der Heiligeistkirche durchgeführt werden. Der Regierungsrat hat das auch netterweise beantwortet. Wir haben es hier nicht behandelt, weil das Stehenlassen stillschweigend war, falls Sie es nicht gelesen hätten. Der Zeithorizont für eine Umsetzung ist dort 2027, der genannt wird. Ich kann das verstehen, Planungsprozesse brauchen eine gewisse Zeit, aber wir möchten doch, dass dort bereits früher Massnahmen ergriffen werden, die die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder erhöhen und bitten Sie deshalb, hier die Motion zu überweisen, auch wenn klar ist, der Regierungsrat hat das eigentlich sehr gut dargelegt, warum es eigentlich ein Anzug sein müsste, aber wir bitten Sie mit der Überweisung als Motion, hier jetzt Massnahmen zu ergreifen und nicht bis 2027 zu warten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Melanie Eberhard hat sich für ein Fraktionsvotum eingetragen und zwar für die Fraktion der SP.

*Melanie Eberhard (SP):* Ich möchte ebenfalls im Namen der SP Sie zu einer Überweisung als Motion bewegen. Ein Argument, das von den Vorrednern noch nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, das mir aber eigentlich durchaus wichtig ist, ist, dass ich es sehr begrüsse, wenn auch kurz- und mittelfristige Lösungen umgesetzt werden, die nicht in dem Sinne dann in diesen längeren Planungshorizont einfließen. Ich sehe da nicht ein grundsätzliches Problem. Es wurde sehr breit dargestellt vom Vorredner, dass die Bevölkerung sich über Massnahmen sehr freuen würde und diese auch erwartet und in diesem Sinne sehe ich da keine Herausforderung, wenn auch unmittelbar bereits Anpassungen jetzt erfolgen.

Denn nochmal zur Erinnerung, diese Motion wurde eingereicht, nachdem es einen tödlichen Unfall gab an dieser Kreuzung und deshalb ist es auch angezeigt, dass wir da kurz- und mittelfristig Lösungen finden, dass das nicht wieder passiert. Mittel-



längerfristig ist es natürlich sehr sinnvoll, wenn eine Auslegeordnung erfolgt und eine terminliche Zeitplanung, wie die Motion das fordert, da auch entsprechend folgt.

In diesem Sinne würde ich mir wünschen, dass es auch kurzfristige Massnahmen gibt, selbst wenn diese Motion überwiesen wird und bitte Sie, diese Motion als Motion zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nun sind wir in der zweiten Runde und Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Das ist genau der Punkt, den Melanie Eberhard jetzt am Schluss angesprochen hat. Wir müssen die Motion schon wörtlich nehmen und Sie fordern dort unter dem ersten Punkt eine gesamtheitliche Beurteilung der Kreuzung der Heiliggeistkirche bezüglich Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Also Sie fordern den Regierungsrat auf, ein Gesamtkonzept für diese Kreuzung zu machen.

Jetzt ist es so, wir werden langsamer sein, wenn Sie diese Motion überweisen, denn wir sind schon in den Startlöchern mit zwei ganz konkreten Projekten. Sie finden das im Schreiben des Regierungsrats. Auf der einen Seite werden Sie im laufenden Halbjahr den Ratschlag zur Güterstrasse erhalten. Dort wiederum wird sich die Lage der Haltestelle der Heiliggeistkirche, der Tramverbindungen verändern, auch dort wird sich die Verkehrsverbindung verbessern, also die Verkehrsbeziehungen. Dann möchten wir kurzfristig die Markierungen verändern weiter östlich von dieser Kreuzung und dann darauf aufbauend auch den ganzen Knoten nochmals anschauen. Aber wir sind laufend dran und wenn Sie jetzt eine gesamtheitliche Beurteilung fordern innerhalb von zwei Jahren, dann bremsen Sie das aus, was wir jetzt schon am Machen sind.

Deshalb die Bitte, das als Anzug zu überweisen. Die Zeitfrist ist dieselbe, wir würden Ihnen prüfen und berichten, in der Zwischenzeit könnten wir diese Massnahmen ergreifen. Wir sind dran. Ich bin froh, dass ich gerade auch die Chefin der Verkehrspolizei, die für die Sicherheit zuständig ist, neben mir habe, und ich kann Ihnen bestätigen, diese Kreuzung ist uns wichtig. Wir sind dran, da kurzfristig, mittelfristig und langfristig Lösungen zu finden und deshalb möchten wir Sie bitten, das nicht auszubremsen und das als Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Wenn Sie ja schon bereits einen Ratschlag im Kasten haben, dann haben Sie den ersten Punkt eigentlich schon erfüllt. Sie müssen ja dann nicht nochmals über die Bücher, wenn Sie das schon gemacht haben.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir haben den Ratschlag für die Verlegung der Tramhaltestellen im Kasten. Wir haben den Ratschlag für die Verbesserung im Osten im Kasten, aber noch nicht die Gesamtbetrachtung für den ganzen Knoten mit allfälligen baulichen Anpassungen. Das würde mehr bedeuten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Beat K. Schaller beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA Überweisung als Anzug, NEIN Überweisung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002686, 24.01.24 16:36:31]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Motion entschieden mit 47 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

### **67. Interpellation Nr. 136, Beat K. Schaller betreffend das traurige Bestattungswesen von Basel, Schriftliche Beantwortung**

[24.01.24 16:36:40, 23.5541.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat uns schriftlich mitgeteilt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

### **68. Interpellation Nr. 138 Eric Weber betreffend Bau-Sicherheit im Grossen Rat, Schriftliche Beantwortung**

[24.01.24 16:37:15, 23.5556.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat uns mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

### **69. Interpellation Nr. 146 Joël Thüring betreffend Grüsel-Belag! Wird der millionenteure und bereits verdreckte Belag in der Freien Strasse einfach so akzeptiert?, Schriftliche Beantwortung**

[24.01.24 16:37:36, 23.5565.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin mit der Antwort von Regierungsrätin Esther Keller unzufrieden. Ich bitte den Parlamentsdienst einmal kurz dieses Bild aufzuschalten. Ich meine, wenn wir einmal uns vergegenwärtigen, wie unsere Innenstadt aussieht, seit wir diesen Alpnacher Sandquarzstein verlegen, dann muss ich Ihnen einfach sagen, das ist das Erscheinungsbild, das ist jetzt kein Graffiti. Es tut mir leid, ich habe keine Wand, ich habe nur den Bodenbelag in der Freien Strasse fotografiert. So sieht die Freien Strasse aus, und zwar im oberen Bereich, dort, wo die teuren Läden sind, die ich jetzt alle beim Namen nicht nennen möchte. Das ist die Ausgangslage und das ist das, was unsere Touristen oder auch sonst Leute, die in die Stadt gehen, sehen müssen, weil dieser Alpnacher Quarzsandstein eben nicht den Anforderungen entspricht, die man vielleicht an einen Boden haben sollte.

André Auderset, mein geschätzter Kollege, hat schon vor einigen Jahren hierzu eine Interpellation eingereicht. Damals ging es um den gleichen Boden an der Greifengasse in Kleinbasel, dort wurde er ja als erstes verlegt, und dann hat sich der Besitzer dieses Betriebes, das ist ja eine Schweizer Firma, dagegen ist nichts einzuwenden, in der Zeitung gerechtfertigt und hat damals gesagt, dass der Stein mit den Jahren eine natürliche Patina ansetzt und die Flecken dann nicht mehr so auffallen.

Darf ich um das zweite Bild bitten. Das ist jetzt in der Greifengasse. Jetzt frage ich Sie, Frau Regierungsrätin Esther Keller, ist jetzt das diese natürliche Patina, die der Besitzer dieser Unternehmung im 2018 uns dann als langfristig attraktiv für das Stadtbild verkaufen wollte? So sieht dieser Belag aus, sowohl in der Greifengasse, wo er schon seit etwa sechs Jahren verlegt ist, und in der Freien Strasse, wo er trotz langjähriger Baustelle noch immer nicht verlegt oder fertig verlegt ist.



Also meine Damen und Herren, wir haben diesen Belag hier in diesem hohen Hause beschlossen. Ja, das war vielleicht ein grosser Fehler, aber wenn ich dann in der Antwort des Regierungsrates lesen muss, dass diese Stoffe, also der Dreck ist damit gemeint, werden aber nach einer gewissen Zeit auf natürliche Weise auch wieder herausgeschafft. Da muss ich Sie schon fragen, Frau Regierungsrätin Esther Keller, sind diese sechs Jahre in der Greifengasse schon in dieser Phase der Dauer der natürlichen Zeit oder was braucht es noch, damit dann diese Patina tatsächlich schön ist?

Ich bin wirklich ein wenig ratlos, wie Sie mir auf meine Interpellation beantwortet haben. Das ist keine Kritik an Ihnen, Sie geben das ja Ihren Angestellten im Departement und die müssen natürlich rechtfertigen, was man bestellt hat. Aber ich muss schon sagen, wenn wir einen solchen Belag haben, dann müsste die Reinigungstätigkeit massiv erhöht werden, damit der Boden einigermaßen schön aussieht.

Jetzt kann man das als Randthema abtun. Ja, Sie haben recht, Esther Keller, es gibt viele, die den Kaugummi auf den Boden werfen, das macht den Boden nicht schöner. Aber zumindest einen Teil dieser Flecken, und das ist jetzt nur ein Ausschnitt der Strasse in Kleinbasel, das sind ja jetzt keine Kaugummis, sondern das sind andere Verschmutzungen, die sich in diesen Belag einarbeiten und ich lade Sie herzlich ein, in der Freien Strasse noch einmal schauen zu gehen, dort sieht es nicht besser aus und dort ist der Belag erst einige Monate alt.

Also ich bitte wirklich den Regierungsrat zu prüfen, wie man diese Verschmutzungen aus diesem Boden herausbekommt, dass er für unser Stadtbild erträglich ist. Gerade in der Freien Strasse, wo es ja dann grossflächig Alpnacher Quarzsandstein sein wird, nicht wie in der Greifengasse nur auf den Trottoirs, wird das das Stadtbild also nicht verschönern, wenn wir hier einen solchen verschmutzten Boden haben.

Deshalb bin ich weder vom Zustand des Bodens befriedigt noch mit der Beantwortung meiner Interpellation.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **70. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Anti-Diskriminierungsmassnahmen zum Thema Betteln, Schreiben des RR**

[24.01.24 16:42:05, 21.5514.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger. Er verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **71. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend Strategie gegen Einsamkeit, Schreiben des RR**

[24.01.24 16:42:31, 21.5646.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Möchte Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Pascal Pfister für ein Einzelvotum.

Pascal Pfister (SP): Ich beantrage Ihnen das Stehenlassen. Es ist ein Thema, das wir ja schon behandelt haben und gewisse Fragen wurden noch nicht beantwortet. Die Massnahmen, die der Regierungsrat beschlossen hat, darüber nochmals zu berichten, das wäre die Möglichkeit, wenn wir hier stehen lassen, dass dann nochmal Bilanz gezogen werden kann. In dem Sinne ist das Geschäft noch nicht abgeschlossen und ein Stehenlassen macht Sinn. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Von der Mitte/EVP-Fraktion her wollen wir den Anzug stehen lassen. Das Thema ist wichtig. Die Reduktion der Einsamkeit bleibt eine wichtige Aufgabe. Ich habe einen persönlichen Bezug zum Thema Einsamkeit und Gemeinschaft. Zusammen mit meiner Frau Irene und Freunden habe ich in den letzten 25 Jahren in Riehen mehrere Gemeinschaftsprojekte aufgebaut. Meine Frau hat vor einigen Jahren zum Thema Einsamkeit ein Buch geschrieben und koordiniert in Riehen zur Bekämpfung der Einsamkeit mit Unterstützung des Vereins Offene Tür das Gemeinschaftswerk. Bei diversen Projekten sind über 30 Freiwillige involviert. Da höre ich immer wieder berührende Geschichten, wo zum Ausdruck kommt, wie wichtig ganz unterschiedliche Begegnungsangebote sind. Wichtig ist auch die aufsuchende Arbeit, das heisst, das Besuchen von Menschen, die nicht zu einem Begegnungsangebot eingeladen werden beziehungsweise die sich nicht einladen lassen.

Wir möchten, dass der Regierungsrat zu diesem Vorstoss ein zweites Mal berichtet. Der Regierungsrat stellt in seinem Bericht eine grosse Vielfalt von Angeboten zur Reduzierung der Einsamkeit vor, er sieht aber keinen expliziten Bedarf für ein Aktionsprogramm. Für neue Projekte erwähnt der Regierungsrat unterschiedliche Förderungsmöglichkeiten. Die genannten Möglichkeiten zur Unterstützung von Pilotprojekten sind wichtig, aber es gibt zur Bekämpfung von Einsamkeit noch sehr viel zu tun. Wir begrüssen deshalb, dass in dieser Sache zur Ergänzung von privaten Initiativen auch der Kanton aktiv wird. So unterstützen wir als Mitte/EVP-Fraktion das Anliegen, das der Kanton prüft, wie vom Kanton her ein Aktionsprogramm für Pilotprojekte angestossen werden kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet Lukas Engelberger auf ein Votum. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 60 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002692, 24.01.24 16:46:53]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 60 Nein-Stimmen bei 17 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

## **72. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend ein Gesamtkonzept für die Umgestaltung des Kasernenareals, Stellungnahme des RR**

[24.01.24 16:47:03, 23.5269.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.



*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich glaube, wir haben Ihnen das dargelegt in unserem kurzen schriftlichen Antragsdokument. Wir sind der Auffassung, dass die Forderungen, die Sie ja mit einer Zweitüberweisung als Motion noch einmal bekräftigen würden, sich so nicht realisieren lassen. Der Kanton befindet sich seit mehr als einem Jahr in engem Austausch mit den Anspruchsgruppen auf und rund um das Kasernenareal. Dabei geht es um die Attraktivitätssteigerung des Areals durch Möblierung und optimalere Ausgestaltung mit flexiblen Elementen.

Im Frühjahr 2023 hat der Verein Pro Kasernenareal ein fundiertes Nutzungskonzept eingereicht, das vom Kanton geprüft wurde. Anfang November 2023 wurde das Ergebnis dem Verein und weiteren Vertreterinnen und Vertretern vorgestellt und anschliessend die Umsetzungsplanung schon begonnen. Es ist ein temporäres Aufwertungskonzept im Hinblick auf Bewegungsangebote, mobiles Grün, Beschattungs- und Aufenthaltselemente vorgesehen. Bereits für 2024 sind entsprechende Attraktivitätssteigerungen geplant.

Die Motion fordert jetzt ein noch offeneres Areal. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass dieses Areal bereits sehr offen und zugänglich ist. Die Randzonen sind aktiviert und reichen so weit, wie es die Anrainerinnen und Anrainer wünschen beziehungsweise wie die allgemeine Nutzung des Areals es überhaupt zulässt. Es kann geprüft werden, inwiefern die Stufen auf Seite Klybeckstrasse neu gestaltet werden könnten, aber das ist wahrscheinlich in der Motion allein nicht gemeint.

Auch soll die längerfristige Ausgestaltung des Teerbelags geprüft werden. Zur Umsetzung dieses Anliegens ist jedoch auch auf die Bedürfnisse der geplanten Veranstaltungen Rücksicht zu nehmen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es Veranstaltungen gibt, die ohne Hartbelag nicht stattfinden können und die auch wertvoll sind für das Areal und für das Umfeld.

Aus Sicht des Regierungsrats sind die Forderungen der Motion deshalb nicht so in dieser Verbindlichkeit umsetzbar und entsprechend möchten wir Sie bitten, uns nicht diese Aufträge in der Verbindlichkeit der Motion zu überweisen. Wir sind selbstverständlich interessiert, am Thema dran zu bleiben und können Ihnen gerne in Form einer Anzugsbeantwortung dann dazu auch wieder berichten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Alexandra Dill.

*Alexandra Dill (SP):* Die SP-Fraktion ist sehr froh, dass das Anliegen zumindest teilweise vom Regierungsrat anerkannt wird und auch, dass partizipativ ein Nutzungskonzept erarbeitet wurde. Auch die Planung von Bewegungsangeboten, Beschattungs- und Aufenthaltselementen begrüssen wir. Sitzgelegenheiten sind auch für ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen eine Unterstützung im Stadterlebnis und entsprechende Angebote ermöglichen somit allen die Teilhabe.

Das Anliegen aufzuweichen zu einem Anzug, das möchte die SP-Fraktion jedoch nicht. Das Kleinbasel braucht jede Grünfläche, jede Entsiegelung, die denkbar ist, als wirksame und notwendige städtische Klimamassnahme, zur Kühlung in Hitzesommern, aber auch zur Erhöhung der Luftqualität und der Erlebnisqualität dieses sehr dichten Gebietes. Grünoasen bieten auch kleine Ausspannmöglichkeiten im Alltag, sie erhöhen die Spielmöglichkeiten für Kinder und für Erwachsene und sie fördern die Belebung und Begegnung.

Wir verstehen, dass auch die Anlässe, die auf diesem Areal ein zu Hause haben, Bedürfnisse haben und wir wollen diese auch ernst nehmen. Wir möchten ermutigen, Möglichkeiten zu finden, diese auch auf entsiegelten Böden stattfinden zu lassen und wir sind überzeugt, dass es solche geben kann. Auch sind wir der Ansicht, dass der Spielraum bezüglich Öffnung weiter ausgereizt werden darf und unterstützen in diesem Sinne auch die in der Motionsbeantwortung angetönte Prüfung, die Stufen auf der Seite Klybeckstrasse neu zu gestalten.

Darum beantrage ich im Namen der SP-Fraktion eine Zweitüberweisung als Motion und bitte um Ihre Unterstützung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GAB):* Ich bin gerade heute Morgen wieder auf meinem Weg hierhin über das Areal gelaufen und habe mir gedacht, jedes Mal, wenn ich hier durchgehe, denke ich mir, wann geht endlich etwas. Es kann doch nicht sein, dass wir da so eine Wüste an Teer und Beton haben, das kann nicht so bleiben. Und so wird es auch immer wieder an mich herangetragen und ich bin froh, dass wir jetzt an dem Punkt sind, wo wir über diese Motion, die, glaube ich, sehr detailliert und gleichzeitig sehr offen ist, ein zweites Mal abstimmen und jetzt auch wirklich der Regierung diesen Auftrag verbindlich geben können.





Mich hat es sehr gefreut in der Beantwortung auch zu sehen, dass man bereits mit den Institutionen in Kontakt ist, dass man auch dran ist, für die Zwischenzeit ein Konzept ausarbeiten, was man machen kann, auch gerade mit mobilem Mobiliar und mobiler Begrünung. Ich denke, das ist sicher für ein Zwischenkonzept unglaublich wichtig als kurzfristige Massnahmen.

Ich glaube, es ist immer wieder die Rede gewesen von dieser Öffnung, dass das nicht ganz verstanden wird auf eine Art. Ich glaube, man hat es wirklich nicht ganz verstanden. Am Ende des Textes des Berichts steht sogar etwas von Öffnungszeiten, das ist also gar nicht damit gemeint, sondern es ist wirklich die Arealöffnung und nicht die Öffnungszeiten, weil das Areal ist bereits offen und zwar immer, das ist klar. Aber es geht ein bisschen um die Besucher, dass dieser Platz besser erreichbar ist oder auch besser gefunden wird und einladender wird, alles was rundherum ist.

Zum Belag, das ist ein klarer Fall. Der Belag, der hat so keine Zukunft. Es kann nicht sein, dass eine solche riesige Fläche so in unserer Stadt bleibt und ich bin überzeugt, dass gerade die Veranstaltungen, die wirklich da zuhause sind und auch zukünftig dort auf dem Platz ein Zuhause haben sollen, das möchten wir mit dieser Motion auch wirklich gar nicht in Frage stellen, dass die weiterhin ihr Zuhause dort haben können. Man wird hier Lösungen finden, man muss es nur wollen.

Ich glaube, dass wir jetzt an dem Punkt sind, wo wir vielleicht ein bisschen Druck machen müssen mit dieser Zweitüberweisung und dann wird das mit dem Willen schon klappen. Darum bedanke ich mich bei Ihnen allen, die jetzt diese Motion ein zweites Mal überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin ja nicht oft mit Laurin Hoppler wahrscheinlich einig, aber er hat wirklich sehr viel Richtiges gesagt und gerade auch der letzte Teil ist ein Aspekt, welcher ich doch unterstreichen möchte, weil er auch entscheidend ist für meine Unterstützung für die Weiterbehandlung als Motion. Es geht tatsächlich ja nicht darum, und das hat er mir auch schon bei der Einreichung der Motion versichert, bestehende Veranstaltungen auf diesem Platz oder auf diesem Areal zu verunmöglichen, sondern zu schauen, wie dieses Kasernenareal attraktiv wird.

Nun haben wir ja im Zusammenhang mit dieser kHaus AG und mit der Nutzung der Kaserne in den letzten Wochen wieder einige spannende Geschichten gehört. Neuerdings muss die Kaserne ja offenbar schon um 18 Uhr geschlossen werden und da muss ich dann schon ein bisschen lachen oder schmunzeln über die Antwort des Regierungsrates auf den Vorstoss von Laurin Hoppler. Da schreibt doch der Regierungsrat, und Herr Regierungsrat Lukas Engelberger, ich glaube, hinter diesen Worten können Sie heute vielleicht auch nicht mehr ganz so stehen, da schreibt doch die Regierung: «Die Motion fordert weiter ein offeneres Areal. Eine erweiterte Öffnung des Areals ist schwer vorstellbar, da das Areal bereits sehr offen und zugänglich und durch das Bauprojekt Kasernenhauptbau auch rheinseitig erschlossen ist.»

Also wenn etwas nicht funktioniert hat, dann ist das ja dieses Projekt. Dieses Projekt begleitet mich seit ich im Grossen Rat bin 2012, das ja ein Erbe von Guy Morin. Diese unsägliche Umgestaltung der Kaserne, die hat nicht funktioniert und ich glaube, deshalb ist es jetzt sehr wichtig, dass wir auch diese Gesamtschau noch einmal machen und hier ist eben die Motion Hoppler auch ein wesentlicher Beitrag.

Mir geht es in der Zwischenzeit gar nicht mehr nur darum, dass wir die Umgestaltung des Kasernenareals im Bereich, der noch quasi im alten System dahergekommen ist, anschauen, sondern wirklich auch der Regierung noch einmal den Auftrag erteilen, zu schauen, wie wir die Kaserne dort insgesamt aufwerten können. Weil das in der jetzigen Form nicht funktioniert hat, braucht es da aus meiner Sicht auch neue Denkanstösse und hier ist die Motion Hoppler eine ganz wichtige Stütze dafür, denn dieses Areal ist von der Wichtigkeit her, von der Attraktivität her sicher so, dass man hier Potenzial hätte, aber es sollte tatsächlich auch stärker genutzt werden. Dieses Potenzial sollte ausgeschöpft werden und hier, glaube ich, ist die Motion Hoppler der richtige Weg.

Wenn wir hier mit Nachdruck an der Motion festhalten, geben wir dem Regierungsrat auch den Hinweis, dass wir hier Verbindlichkeit einverlangen und diese Verbindlichkeit auch wünschen. Und gerade im Kontext der aktuellen Diskussion über die Bewirtschaftung der Kaserne, über die Schliessung der Kaserne, weil Randständige in der Zwischenzeit schon die leeren Räumlichkeiten in Beschlag nehmen, scheint mir das sehr wichtig zu sein.

Deshalb bitte ich Sie, dass wir dieses Geschäft weiter als Motion behandeln.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* In der zweiten Runde verzichtet Regierungsrat Lukas Engelberger auf ein Votum. Somit kommen wir zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

### Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 69 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002694, 24.01.24 17:00:02]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Motion entschieden mit 69 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

## 73. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Frühlingserwachen der “kleinen” Kulturangebote in Zeiten der Unsicherheit, Schreiben des RR

[24.01.24 17:00:15, 22.5053.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu einem Einzelvotum. Lisa Mathys hat das Wort.

*Lisa Mathys (SP):* Ich mache es ganz kurz, ich verspreche es. Ich möchte einfach an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass ich nach wie vor finde, wir sind der Bedeutung und der Wichtigkeit, die diese sogenannten kleinen Kulturbetriebe für unser Angebot in unserem Kanton haben, nicht so wirklich gerecht geworden in der Frage, wie gehen wir um mit der Situation in der ausklingenden Pandemie. Ich nenne es mal so.

Ich finde, dass die Beantwortung des Anzugs wirklich sehr kurz geraten ist. Es ist zwar von einem Frühlingserwachen die Rede, das stattgefunden habe, ich finde aber, man ist den eigentlichen Fragestellungen, denen sich diese Betriebe gegenübergestellt sahen, nicht wirklich gerecht geworden. Es ging ja darum, dass gerade in der Situation einer grossen Planungsunsicherheit es Betriebe und Veranstalter\*innen und Booker\*innen in dieser Branche gab, die unbedingt veranstalten wollten, auch wenn sie nicht sicher sein konnten, dass es stattfinden kann und dass genügend Publikum kommen kann.

Man ist aus meiner Sicht da wirklich dem Umstand nicht gerecht geworden, dass unser Kanton auf dieses Angebot sehr dringend angewiesen war. Ich hätte mir wirklich erhofft, dass wir da eine gute, unbürokratische Lösung mit dem Swisslos-Fonds gefunden hätten. Ich bin nach wie vor der Meinung, es gibt diesen Spielraum für solche sogenannten Schwerpunktprojekte oder wie man das auch lösen will, aber es hätte da wirklich viel geholfen.

Selbstverständlich leuchtet es mir ein, dass wir in der heutigen Situation diesen Anzug nicht stehen lassen können, das macht keinen Sinn, die Pandemie-Einschränkungen sind zu weit weg. Aber ich werde hier dranbleiben, auch im Austausch mit diesen Unternehmer\*innen, die diese Anliegen noch nicht befriedigt sehen, und jetzt gilt es natürlich auch zu sehen, ob die Umsetzung der Trinkgeld-Initiative hier wirklich Erleichterung und Abhilfe schafft. Aber es ist sicher nicht so, dass wir als Kanton stolz darauf sein können, wie wir mit dieser Branche umgegangen sind.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



## 1. SCHLUSSREDE

[24.01.24 17:04:31]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Bleiben Sie ruhig sitzen, lassen Sie die Gurte angeschnallt und begleiten Sie mich auf den letzten Metern unserer Fahrt.

Sehr geehrter Herr Statthalter, caro Claudio, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrter Herr Regierungspräsident ad interim, lieber Lukas, verehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stephan, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, werte Damen und Herren Gäste auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen, liebe Familie.

Vor einem Jahr habe ich von Ihnen die Ehre erhalten, hier auf dem Fahrersitz Platz nehmen zu dürfen und Sie – das Parlament – und damit den Kanton zu repräsentieren. Ich durfte das Steuer übernehmen, aber nicht die Macht, sondern vor allem die Verantwortung. Den Weg haben Sie bestimmt, Sie, das Volk und das Schicksal. Alle drei haben es gut mit mir gemeint. Sie haben das Tempo vorgegeben und das Ziel definiert. Ich durfte lenken, beschleunigen und Bremsbereitschaft erstellen, vor allem aber hatte ich das Glück, immer wieder das Autoradio voll aufdrehen zu dürfen.

Als wir vor einem Jahr in unseren DeLorean eingestiegen sind, hatte dieser ein paar Beulen und Kratzer. «Wir» waren gerade nicht Bundesrat geworden, hatten die Nachwehen der Pandemie im Kofferraum und ein kurz zuvor noch unvorstellbarer Krieg in Europa trübte die Sicht.

Die Welt ist in diesem Jahr leider nicht besser und die Sorgen sind nicht weniger geworden. Der Krieg in der Ukraine und das Massaker der Hamas in Israel, gefolgt vom Krieg in Gaza, zeigen uns, dass Tod, Angst und Elend uns auch auf unserer weiteren Fahrt begleiten werden. Als kosmopolitische Region und Heimat von Menschen aus aller Welt bleiben auch Basel, Riehen und Bettingen nicht unberührt von den Sorgen, die uns die internationale Politik bereitet. Von der Chrischona bis zum Zolli, vom Hafen bis zum Bruderholz leben Zehntausende von Menschen, für welche die Bilder der Tagesschau keine fremden Sorgen und abstrakten Nachrichten sind. Der Fernseher bringt Geschichten aus der Welt ans Rheinknie, die von Freunden und Verwandten berichten, von nahen und fernen Menschen, die wir lieben oder nur kennen oder die einfach unsere Mitmenschen sind. In Basel ist die Welt zu Hause und mit ihr ihre Sorgen.

In Basel leben aber auch und vor allem Freude, Zuversicht und Mitgefühl, das durfte ich auf dieser einjährigen Fahrt erleben. Der Roadtrip durch das Basler Politjahr 2023 hat mich an vielen mir unbekanntem Orten Halt machen lassen, und ich durfte über 130 Anlässe besuchen. Anlässe, die mir eine Ehre waren, Anlässe, von denen ich noch nie gehört hatte, Anlässe, die es noch nie gegeben hatte, Anlässe mit Cüpli und Krawatte und Anlässe mit Bier und Turnschuhen. Die Vielfalt der Einladungen, die man als Grossratspräsident erhält, ist ein Spiegel unserer Gesellschaft. Von der Eröffnung des ersten kantonalen Behindertenparlaments bis zu kleinen Betriebsfeiern, vom 175-Jahr-Jubiläum des Bundesstaates bis zur persönlichen Diplomübergabe, vom grossen Hofstaat bis zum kleinen Auftritt. Ich durfte ganz viel von dem Wertvollen sehen, das die Baslerinnen und Basler leisten, und hören, was sie bewegt. Ich habe dabei viel gelernt, über Kunst und Kultur, über Geschichte und Tradition, über Sorgen und Bedürfnisse. Vor allem aber habe ich gelernt, dass nur derjenige, der an «Hundsverlochete» geht, erfährt, wo der Hund begraben liegt.

Natürlich waren die politischen Highlights weder zu übersehen noch zu überhören. Wir wurden Ständeratspräsidentin, und ennet der Birs wurde man Nationalratspräsident. Das allein würde schon Grossratspräsidenten zum Verfassen ihrer Memoiren veranlassen. Das politische Herz der Schweiz schlägt nun im Takt der Basler Trommel, und dann der Clou: wir wurden Bundesrat! Die Freude, die uns der Fussballrasen verwehrte, bescherte uns das Bundesparlament. Von Riehen über Basel zog es einen von uns nach Bern. Beat, Beatus - der Glückselige, machte den ganzen Kanton glücklich und endlich fiel die Last von uns. Das düstere Gefühl, dass uns niemand mag, die Angst, zu kurz zu kommen, wenn im Mittelland unser Geld ins Oberland verteilt wird, die Befürchtung, dass man jenseits der Jurakette vergessen hat, dass auch der prosperierende, urban und trinational geprägte Raum Basel in Bundesbern Gehör braucht.

Basel ist aufgestiegen und freut sich. Es war Zeit für Neues, und das gilt auch für meine Person. Nur wenige Grossratspräsidien durften in Basel einen eigenen Bundesrat empfangen, noch nie sass hier ein Fahrlehrer am Steuer, ich war der erste Migrant auf diesem Stuhl, der «fernaab der Schweiz» geboren wurde und aufwuchs, der erste Grünliberale – und ja, ich war sogar der erste mit einer Haartransplantation. Mit mir haben Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auf viel Neues gesetzt, und ich hoffe, ich habe Sie nicht enttäuscht. Wir waren nicht immer einer Meinung. An vier Gabelungen musste ich per Stichentscheid bestimmen, wie die Reise weitergeht. Ansonsten: Ob Überweisung oder Nichtüberweisung, ob Nachtsitzung oder keine Nachtsitzung, ob neue Anzüge oder alte Zöpfe. Sie haben den Kurs vorgegeben, an mir lag die Feinsteuerung.

Gemeinsam haben wir beispielsweise die Geschäftsordnung teilrevidiert und mit der bald digitalen Teilnahme an Ratssitzungen eine innovative Lösung zur Vereinbarkeit von Parlamentsarbeit, Familie und Beruf gefunden. Und mit dem neuen Gleichstellungsgesetz haben wir Gleichzustellende gleichgestellt. Wir haben gestritten und gelacht, aber vor allem



haben wir uns verstanden, und ich hoffe, dass man unsere Politik auch ausserhalb dieses wunderschönen Saals verstanden hat.

Ich habe versucht, kulturelle Brücken zu bauen. In den Vorschauvideos für unsere Social-Media-Kanäle habe ich die Bevölkerung unseres Kantons auf unsere Grossratsdebatten aufmerksam gemacht, indem ich sie in zehn verschiedenen Sprachen begrüsst habe. Trotz intensiver Ausspracheübungen verstand ich zum Teil nicht genau, was ich sagte – auch das ist Politik...

Vor einem Jahr habe ich Sie darauf vorbereitet, dass Politik ein dauernder Aeschenplatz ist: «Es drängelt von hinten, es drückt von links, es hupt von rechts.» Doch mit Ihnen war es nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Freude, die Fahrt aufzunehmen. Mein Präsidialjahr entschwindet nun im Rückspiegel. Ich werde oft daran zurückdenken, meinen Enkeln davon erzählen und viele Freunde aus dieser Zeit mit «Back to the Future» nehmen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Dankesworte. Das Amt des Präsidenten war mir eine grosse Ehre, und ich danke Ihnen allen für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für die gute Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Begegnungen in und ausserhalb des Rates. Sie haben dieses einzigartige und unvergessliche Jahr erst möglich gemacht. Meiner Fraktion danke ich herzlich für die Nomination und meiner Familie gebührt der grösste Dank für ihre unermüdliche Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt meinem Statthalter Claudio Miozzari, der mich mit seiner ruhigen Art immer unterstützt hat. Als sein «Super-Präsidioms-Fahrlehrer», wie er mich kürzlich nannte, wünsche ich ihm in seinem neuen Amt viel Weitsicht und Scharfsinn und seinem Statthalter Balz Herter alles Gute.

Mein nächster und herzlicher Dank geht an den ersten Ratssekretär, Beat Flury. Er hat mich in allen Belangen stets kompetent und effizient unterstützt. Es war eine grosse Freude, mit Dir, lieber Beat, so gut zusammenzuarbeiten. Ein grosses Dankeschön geht auch an alle Mitarbeitenden der Parlamentsdienste, Sabine Canton, Eva Gschwind, Peter Frankenbach, Raymonde Morf Lange und Tamara La Scalea sowie an die Kommissionssekretärinnen und -sekretäre, die im Hintergrund viel Arbeit geleistet haben, damit der Ratsbetrieb so reibungslos ablaufen konnte.

Mein Dank geht natürlich auch an die Regierung, die Staatsschreiberin, den Vizestaatsschreiber und die Staatskanzlei. Aber auch an die ganze kantonale Verwaltung.

Danken möchte ich auch allen Organisatorinnen und Organisatoren, bei deren Veranstaltungen ich zu Gast sein durfte. Mein Dank richtet sich an die Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Kunst und Kultur, Bildung, Sport sowie an die sozialen, religiösen und gesellschaftlichen Vereinigungen, Zünfte, Gewerkschaften und Unternehmen. Auch den regionalen, überregionalen und internationalen Interessensvertretungen und Netzwerken danke ich für den Einblick in ihre Arbeit und das Kennenlernen der vielfältigen Facetten unseres Kantons.

Last but not least möchte ich neben dem Basler Stimmvolk auch der Migrationsbevölkerung unseres Kantons meinen grossen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ihr unermüdlicher Einsatz und Beitrag sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart und Zukunft ist ein wesentlicher Pfeiler unseres gemeinsamen Wohlstandes. Die Migrationsbevölkerung hat oftmals noch keine Mitspracherechte, sie lebt deswegen mit unseren Entscheidungen. An uns liegt es, diese vielen Menschen bei unserer parlamentarischen Arbeit nicht zu übersehen.

Bevor ich meine letzte Session als Grossratspräsident für beendet erkläre, muss ich Sie warnen: Bleiben Sie sitzen. Der DeLorean parkt nicht (wo denn auch in dieser Stadt?), unsere Fahrt geht weiter! Ich fahre nur kurz rechts ran und gebe das Steuer nach links weiter. Claudio, gib Gas – oder Strom!

Und jetzt verabschiede ich mich als Grossratspräsident von Ihnen mit grossem Respekt und Dank für Ihre Arbeit und beende die letzte Session des dritten Amtsjahres der 44. Legislaturperiode des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt seit der Verfassung von 1875. Herzlichen Dank.

[langanhaltender Applaus]

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluss der 50. Sitzung

17:19 Uhr